Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 110. Montag, den 13. Mai 1918. 25. Jahrg.

Der Stand des Weltkrieges.

Von Richard Gädke.

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz dauert der Stillstand an, und zwar östlich Amiens seit Wochen, in Flandern seit dem 25. April, an dem wir den wichtigen Kemmelberg nahmen. Die Gegner halten mit großer Zähigkeit ihre Stellungen fest, um sich ihr ohnehin schmales Hinterland bis zur Küste nicht noch mehr einengen zu lassen. Denn das eine darf man nicht übersehen, daß sie sich strategisch keineswegs in besonders günstiger Lage befinden. Jeder neue, größere Raumverlust würde die Stellung des englischen Heeres in Frankreich zu einer bedrohten gestalten und ein zweites Vordringen der deutschen Streitkräfte um 60 Kilometer würde den Feldzug zu seinem Nachteil entscheiden. 60 Kilometer, das sind aber nur drei mittlere Tagesmärsche unter gewöhnlichen Umständen, sie gleichen der Entfernung von Amiens bis zur Sommemündung oder von Hazebrouk bis Calais. Natürlich müssen wir uns bewußt bleiben, daß die gewaltige Verteidigungskraft der hier eingesetzten Massen mit ihrem zahllosen und wirksamen Kriegsgerät aller Art einen Vormarsch mit solcher Schnelligkeit ausschließt. Immerhin hat ein Teil unserer Truppen während unseres Märzangriffes die Entfernung von sechzig Kilometer unter täglichen Kämpfen in acht Tagen hinter sich gebracht.

Wenn die Gegner trotz des Verlustes von Bailleul und des Kemmelberges ihre in der rechten Flanke tief umfaßte Ypern- und Yserstellung festhalten, so mögen dafür nicht nur rein sachliche Erwägungen maßgebend sein. Sie scheuen wohl den Eindruck, den der Verlust des in dreiundeinhalbjährigen Kämpfen gehaltenen Ypern und den die Räumung des letzten Stückchen belgischen Bodens auf ihre Völker und auf die Welt hervorrufen würde. Außerdem ist es wohl möglich, daß sie rückwärts dieser Linie eine neue Verteidigungsstellung vorbereiten, deren Widerstandsfähigkeit sich erhöhen muß, je längere Zeit ihnen zur Arbeit verbleibt.

Aehnliche Erwägungen mögen auch dahin geführt haben, daß sie in der letzten Zeit ihrerseits zu scharfen Angriffen gegen die deutschen Linien übergegangen sind und dafür eine erhebliche Zahl frischer Divisionen, besonders französischer, eingesetzt haben. Gegen unsere Stellungen am Kemmelgebiete sind sie am 26., 29. und 30. April, am 4. und 5. Mai mit schwächeren oder auch stärkeren Massen, einmal mit neun Divisionen gleichzeitig, angerannt, und auch südlich der Somme suchten sie uns zwischen dem 25. April und 2. Mai an vier Tagen wieder zurückzudrängen. Einen Erfolg haben sie nur am 29. April nördlich Bailleul erreicht, indem sie uns das Dorf Loker wieder abnahmen. Man hat gemeint, daß die Franzosen sich hier zugunsten der Engländer aufopferten, deren zusammengeschossene Reihen sie bis nach Flandern hinein verstärken und zum Angriff mit sich fortreißen mußten. Indessen ist das doch keine richtige Auffassung der wirklichen Lage. Die französische Heeresleitung weiß vielmehr ganz genau, **daß der Feldzug überhaupt verloren ist, wenn das englische Heer eine Niederlage erleidet**, und daß sich dann in erster Linie das Geschick Frankreichs erfüllt. Foch opfert daher seine Divisionen für Frankreich und nicht für England. Wenn man allerdings bedenkt, welche ausgedehnte Front die Franzosen sonst noch halten müssen, so ist der Einsatz von 44 frischen Divisionen zur Unterstützung der Engländer ein beträchtlicher. Daher ist es kein Wunder, daß unsere Truppen allmählich an immer zahlreicheren Stellen der Front auch amerikanischen Bataillonen begegnen. Diese müssen ihrerseits die Kräfte verfügbar machen, die Foch für seine Angriffe und zur Bildung neuer Reserven nötig hat. **Wir werden annehmen müssen, daß fortdauernd Amerikaner die Fahrt über den Atlantischen Ozean antreten, um die schwindende Kraft von Engländern und Franzosen zu stärken.**

Während im Westen diesergestalt der Stellungskrieg erneut in seine Rechte eingetreten ist, sehen wir, daß die Fronten im Südwesten, in Italien, immer unruhiger werden, ohne daß doch von der einen oder der anderen Seite bisher Angriffsbewegungen großen Stils in Erscheinung getreten sind. In ausländischen Blättern wird gelegentlich behauptet, daß das italienische Heer einen Angriff vorbereite. Wahrscheinlich ist das gerade nicht, weil die italienische Heeresleitung selbst ein solches Unternehmen kaum für sehr aussichtsvoll halten kann. Aber man darf auch nicht sagen, daß es unmöglich sei; denn im Kriege ist nichts unmöglich. Glaubhafter ist es immerhin, daß solche Ausstreuungen einen Täuschungsversuch gegen die Mittelmächte bedeuten. Schreien doch die Italiener andererseits sehnsüchtig nach amerikanischer Hilfe, die ihnen gnädigst in Aussicht gestellt wird, sobald das Bedürfnis in Frankreich gedeckt sei. Aber die Amerikaner haben immer sehr viel mehr versprochen, als sie zu halten je in der Lage waren.

In Mazedonien haben sich die Verhältnisse, man kann schon so sagen, seit Jahren nicht geändert. Keiner der beiden sich gegenüberstehenden Gegner scheint die Absicht zu haben, eine Entscheidung so oder so herbeizuführen. Das bunt zusammengewürfelte Heer des Vierverbandes traut seiner Stärke nicht, und die Bulgaren fühlen sich auch so ganz behaglich, da ihr Land mit Ausnahme des unbedeutenden Streifens um Monastir frei vom Feinde ist, und da selbst ein großer Sieg ihrerseits in Griechenland den Krieg nicht entscheiden würde. Was dort gelegentlich an Gefechtstätigkeit zu spüren ist, darf nicht höher eingeschätzt werden, als die gelegentlichen Zuckungen oder Finten zweier Kämpfer, die das Schwert ab und zu erheben, ohne jedoch die Absicht zu haben, zuzuschlagen.

Dagegen verfolgen die Engländer in Palästina mit großer Zähigkeit ihren Plan, sich in Syrien einen Außenposten für die Verteidigung Aegyptens zu erobern und zugleich die Verbindung der Türkei mit Arabien zu unterbrechen, indem sie die Hedschasbahn östlich des Jordan mitten durchschneiden. Gelänge ihnen dies Unternehmen, so wäre wahrscheinlich Arabien für die Türkei verloren. Man muß also den Kämpfen in Palästina eine beträchtliche politische Bedeutung zuerkennen. Vom englischen Standpunkt aus hat Lloyd George recht, wenn er sich durch die bissigen Ausfälle Repingtons nicht irremachen läßt.

Glücklicherweise hat bisher der Erfolg den heißen Bemühungen des General Allenby nicht entsprochen. Schon im 2. April scheiterte ein Versuch, mit beträchtlichen Kräften über Es Salt gegen die Bahnstation Arman vorzudringen. Die Engländer mußten mit schweren Verlusten über den Jordan zurück, nachdem die Türken durch deutsche Truppen verstärkt worden waren. Allenby hat dann beträchtliche neue Kräfte herangezogen, große Vorbereitungen getroffen und ist gegen Ende April erneut über den Jordan gerückt, um gegen Es Salt vorzustoßen. Er warf eine berittene Division gegen Norden vor, um den feindlichen Kräften in rechte Flanke und Rücken zu fallen. Aber diese Umfassungstruppe wurde von türkischen und deutschen Scharen ihrerseits unvermutet angegriffen und umgangen. Sie wurde geschlagen und mußte ihr ganzes Geschütz in den Händen unserer Verbündeten lassen, deren Hauptstellung inzwischen vergebens bestürmt worden war. In fünftägigen Kämpfen, vom 30. April bis 4. Mai erlitten die Engländer eine volle Niederlage und fluteten erschüttert gegen den Jordan zurück. Sie haben bisher keinen Bericht darüber veröffentlicht; daraus darf man schließen, daß der Schlag sie empfindlich getroffen hat.

Erfolgreicher war ihr Feldzug in Mesopotamien, wo sie nach langer Pause im April ihren Vormarsch gegen Mosul wieder aufnahmen, anscheinend zugleich am Tigris entlangziehend und seinen Nebenfluß Adhem als Zufuhrstraße verwendend. Vom 27. bis 29. April und dann wieder am 2. Mai haben sie die Türken anscheinend zum Rückzuge genötigt. Soweit man sehen kann, stehen sie noch etwa 150 Kilometer von Mosul entfernt.

Der brodelnde Osten.

Im Hauptausschuß des Reichstages hat der Vizekanzler Payer in längerem Vortrage die Ansichten der Regierung über das östliche Chaos dargelegt. Diese Rede hätten wir unseren Lesern nicht mitzuteilen brauchen, weil sie nicht ein einziges Licht aufsteckt, nicht eine einzige Offenbarung enthält, nicht einen einzigen Zukunftsgedanken erkennen läßt. Womit der klare Beweis geliefert ist, daß die Regierung sich noch immer keine politischen Richtlinien, noch immer

kein politisches Zukunftsziel

für den Osten gesetzt hat. Sie handelt nach der Mahnung des Nationalliberalen Stresemann, daß jetzt Fragen des Tages und nicht der Zukunft zu lösen, daß die Aufgaben der Stunde und nicht ferner Monate zu bewältigen seien. Sie lebt von der Hand in die Feder, von der Stunde für den Tag. Sie hält alles, was im Osten geschehen ist, für gut oder doch erklärlich und begreiflich und weiß anscheinend nicht, wie man's machen soll, denn anders kann man sich ihr auffallendes Schweigen im Hauptausschuß nicht erklären.

Der europäische Krieg ist zum Weltkrieg geworden, der den ganzen Globus durcheinander rüttelt. Dem Weltkrieg muß eine Weltpolitik entsprechen. Die deutsche Regierung läßt noch immer jede weltpolitische Orientierung vermissen. Der Weltkrieg hat eine Weltkoalition gegen Deutschland mobil gemacht. Die Regierung zeigt uns keinen Weg, fühlt offenbar gar nicht den Drang zu weitgreifenden politischen Maßnahmen, um die Koalition zu sprengen und Deutschland aus der beklemmenden Isolierung herauszuführen. Sie scheint es für ein unabwendbares Schicksal zu halten, daß Deutschland auch nach dem Kriege isoliert bleibt und abgesehen von seinen jetzigen Verbündeten die ganze übrige Welt als verbissene Gegner sich gegenüber sehen muß. Was im Osten politisch geschehen, ist danach angetan, diese Gegnerschaft zu verewigen. Die Regierung findet darin nichts Tadelnswertes; sie nimmt die zukünftige Vereinsamung Deutschlands als Fatum hin, gegen das mit Erfolg nicht anzukämpfen ist. Zwei Weltreiche, die die Ozeane beherrschen, stehen gegen Deutschland noch im Kriege. Von der deutschen Regierung geschieht nichts, um gegen diesen ungeheuern Bund ein kontinentales Gegengewicht vorzubereiten, das sich über den Norden Europas und Asiens erstreckt und eine Art Gleichgewicht herstellt. Im Gegenteil, es ist durch die östliche Politik alles Denkbare geschehen, um diese Bildung unmöglich zu machen. Es gab kein sichereres Mittel, die russische Brücke nicht zum Bau kommen zu lassen, als den Brester Schwertfrieden. Die Regierung hält nach wie vor ihn für der politischen Weisheit guten Schluß und die bürgerlichen Parteien unterstützen sie in dieser Auffassung, so vieles einzelne ihrer Wortführer auch an den Maßnahmen in der Ukraine auszusetzen finden.

Zum Beweis dessen weisen sie jetzt auf die

Unterzeichnung der rumänischen Friedens

hin, die am 7. Mai erfolgt ist. Nun herrscht von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere der paragraphierte Friede. Was will man mehr! Was können da die Ausstellungen der gewohnheitsmäßigen Nörgler bedeuten!

Ach, wenn der Friedensvertrag auch den Frieden brächte! Der Friedensvertrag mit der Ukraine ist zuerst geschlossen. Mit dem Erfolg, daß das Land nachher noch erobert werden mußte. Der Friede mit Großrußland ist gefolgt; von einem wahrhaft friedensmäßigen Verkehr ist heute noch keine Rede. Der Friedensvertrag mit Rumänien ist jetzt unterschrieben; wie lange mag es da wohl noch dauern, bis wirklich friedliche Verhältnisse dort eintreten. Die Okkupation des Landes bleibt einstweilen bestehen. Auf eine schleunige friedliche Beruhigung läßt das nicht schließen.

Die lange Dauer der Verhandlungen hat schon enttäuscht. Am 5. März wurde in Bustea der Vorfriede als Folge eines Ultimatums geschlossen. Binnen vierzehn Tagen sollte der endgültige Friedensvertrag geregelt sein. Aus den zwei Wochen sind zwei Monate geworden, ohne daß die einschneidenden Bestimmungen andere geworden sind. Beßarabien und die türkisch-bulgarische Grenze standen im Wege. Wie diese Differenzen geschlichtet sind und ob sie schon ausgeglichen worden, erfahren wir nicht. Dagegen wird aus dem Texte des Vertrages ersichtlich, daß die Bestimmung des Vorfriedens aufrechterhalten ist, wonach Rumänien die Dobrudscha abtritt und außerdem in eine Grenzregulierung mit Oesterreich-Ungarn willigt, die die Karpathenpässe in ungarisch-österreichischen Besitz bringt.

Ueber Beßarabien bringt der Vertrag keine Lösung. Das Schicksal dieses Gebiets bleibt noch in der Schwebe. Das zarische Rußland hat diesen Landstrich zwischen Dnjepr und Pruth im Jahre 1812 von der Moldau losgerissen und zu einer russischen Provinz gemacht. Vierundvierzig Jahre später, im Pariser Vertrag von 1856, wurde Rußland gezwungen, Beßarabien an Rumänien zurückzugeben, aber der Berliner Kongreß von 1878 sprach Beßarabien wieder Rußland zu. Damals wurde Rumänien durch die Dobrudscha entschädigt. Erst unter rumänischer Herrschaft erlangte die nördliche Dobrudscha größere Bedeutung. Rumänien hat dort mit großem Kostenaufwand den Hafen Constanza ausgebaut, durch den seine Getreide- und Petroleumausfuhr geht, und es hat in dem von Bulgaren, Tataren und Tscherkessen bewohnten Lande rumänische Bauern angesiedelt. Im Jahre 1913 hat Rumänien diesen Besitz noch vergrößert, indem es Bulgarien überfiel und es zur Abtretung von Silistra zwang. Jetzt muß Rumänien nicht nur auf den kleinen Teil der Dobrudscha verzichten, sondern auf das ganze Land, das seit 1878 in seinem Besitz war. Rumänien verliert dadurch ein Gebiet mit 300 000 Einwohnern. Es wird zu einem Binnenstaat, der

nicht mehr an das Meer grenzt.

Es verliert den wertvollen Hafen, den seine Volkswirtschaft nicht entbehren kann. Der gesicherte Verkehr durch diesen Hafen ersetzt den Besitz nicht. Wenn man sich erinnert, wie ganz Europa durch das Drängen Serbiens nach dem Meere beunruhigt worden ist, wird man bezweifeln, ob die völlige Verdrängung Rumäniens von dem Meere dem künftigen Frieden Europas förderlich sein wird.

Sicherlich, Rumänien hätte diesem Kriege fernbleiben können. Es hat hinterhältig sein Stilett gezückt, als es glaubte, das für die Mittelmächte und ihre Verbündeten das letzte Stündlein geschlagen hätte. Es hat einen glatten Raubkrieg geführt, genau wie Italien, und muß daher jetzt nach seine Niederlage das Knie der Sieger auf seinem Nacken spüren. Rumänien hat Verrat geübt, es muß bestraft werden. Die Mittelmächte haben die Hinterlistigen zur Kapitulation gezwungen, sie können daher strafen und rächen, wie es ihnen beliebt.

Für die Vergeltungspolitiker sind das selbstverständliche Sätze. Aber auch sie täten gut daran, sich die Frage vorzulegen: wen strafen die verbündeten Sieger? Strafen sie wirklich die Herrenklasse, die ihr Land ins Verderben geführt haben? Oder rächen sie die Sünden der Herren an dem Volke, das willenlos zur Schlachtbank geführt ward?

Gewiß, diejenigen, die ganz unmittelbar den Krieg heraufbeschworen haben, sind abgetan. Bratianu, der so lange sein listiges Spiel mit den Mittelmächten gespielt hat, bis der Augenblick der Kriegserklärung gekommen war, ist längst gestürzt. Aber wer tritt sein Erbe an? Marghiloman, der immer als ein Freund der Mittelmächte gegolten und der Rumäniens Anschluß an die Entente bekämpft hat. Ist uns aber Rumäniens Freundschaft gesichert, da Marghiloman zur Macht emporsteigt und diesen Frieden unterzeichnen muß?

Der wahre Herr Rumäniens ist und bleibt die

Kaste der Bojaren.

In allen Ländern, die von einer Herrenklasse beherrscht werden, teilt sie sich in zwei Parteien, die im Besitz der Macht einander immer wieder ablösen. Wie Whigs und Torys in England lösen in Rumänien Liberale und Konservative, Russophile und Austrophile einander in der Regierung ab. Sie beide sind Angehörige derselben Klasse. Bratianu und Marghiloman — es ist dieselbe Bojarenklasse, die unter beider Namen regiert! Sie hat Bratianu regieren lassen, als sie ihr Geschäft mit der Entente machen wollte; sie hebt Marghiloman zur Macht, da sie sich mit den Mittelmächten verständigen muß. Und in ein paar Jahren sinkt dann wieder die Schaukel der Konservativen und steigt wieder die liberale Schaukel empor. Dann löst wieder irgendein Bratianu oder Take Jonescu den Herrn Marghileman ab. Auf die persönliche Freundschaft Marghilomans können wir unsere künftigen Beziehungen zu Rumänien nicht bauen. Die Freundschaft des Staates im Südosten wäre uns nur dann gesichert, wenn wir uns das rumänische Volk selbst gewinnen könnten!

Bratianu vertrat die liberale Spielart der Bojaren. Diejenige, die die rumänische Barbarei gern

hinter europäischer Maske,

die Selbstsucht der Bojaren gern hinter volkstümlichen Redensarten versteckt. In bitterer Kriegsnot, nach den Niederlagen in der Dobrudscha, in Siebenbürgen und in der Walachei hat er mit den liberalen Versprechungen sogar Ernst machen müssen. Da mußte er die Agrarreform, die den Bauern das Land geben soll, und die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts ernsthaft versprechen.

Marghiloman führt die konservative Partei der Bojaren. Diejenige, die den europäischen Aufputz nicht für nötig hält und an der rumänischen Barbarei nichts verbesserungswürdig findet. Er will heute noch von einer ernsten Agrarreform, heute noch von der Demokratisierung des Wahlrechts nichts hören. Es ist sehr fraglich, ob es uns im rumänischen Volke besonders beliebt machen wird, daß gerade dieser Marghiloman dort als der besondere Freund der Mittelmächte erscheint.

Es ist überhaupt bemerkenswert,

welche Parteien in der Welt unsere Freunde

sind. In Finnland sind es die Weißen, die schwedische Herrenklasse; gegen die Roten, die finnischen Bauern und Arbeiter, zogen deutsche Soldaten zu Felde. In Schweden sind es die stockkonservativen, hocharistokratischen Aktivisten; die Liberalen und die Sozialisten, das Bürgertum und die Arbeiter haben für die Mittelmächte nicht allzuviel Sympathien. In Kurland, Livland und Estland sind unsere Verbündeten die baltischen Barone; die lettischen und estnischen Bauern hegen für Deutschland nur Haß und abermals Haß. In der Ukraine steigen unter dem Schutze deutscher Waffen die Großgrundbesitzer und die Bourgeisie wieder zur Macht empor und bringen das Land wieder in ihre Hände. In Polen suchen die Magnaten, die um ihren Boden zittern, den deutschen Schutz gegen den „Bolschewismus"; daß wir die Hüter des grundherrlichen Eigentums sind, wird uns bei den Bauern nicht eben beliebt machen. Selbst in Spanien sind gerade nur die Schwärzesten der Schwarzen germanophil; die liberalen und demokratischen Volksschichten neigen zur Entente.

Rumänien bestätigt also nur eine allgemeine Regel; es ist kein Zufall, daß auch dort gerade die Konservativen unsere besten Freunde sind. Wir halten es

überall mit den Mächten der Vergangenheit.

Eben darum sind überall die aufsteigenden Volksschichten unsere Gegner. Ebendarum haben die Westmächte ein so leichtes Spiel gehabt, die ganze Welt gegen Deutschland aufzupeitschen und die halbe Welt gegen Deutschland in den Krieg zu locken.

Deutschland spielt in der Welt die Rolle, die der Zarismus für die europäische Demokratie durchgeführt hat. Was an diesem schlimmen Ruf etwa noch gefehlt, hat die Geschichte des preußischen Wahlrechtskampfes geliefert, die in diesen Tagen zum Ergötzen der Entente geschrieben wird. Die herrschenden Klassen Englands geben freiwillig das allgemeine Wahlrecht, für alle Soldaten bis zu 19 Jahren herab, und sie verleihen einigen Millionen Frauen das Recht der staatsbürgerlichen Entscheidung, die herrschenden Klassen Preußens verweigern das gleiche Wahlrecht und denken nicht daran, es auf die Frauen auszudehnen. Der Gegensatz sticht in die Augen und beleidigt jeden da draußen außerhalb der deutschen Grenzen. Die Entente findet williges Gehör mit ihrer Behauptung, daß sie für Demokratie und Freiheit der Welt gegen die Mächte der Reaktion, der Bedrückung und der Finsternis kämpfe.

Diese ideelle Unterstützung ihres Vernichtungskampfes gegen Deutschland wird auch für den Osten nicht ausbleiben. Trotz oder wegen der Friedensschlüsse. Denn der Osten brodelt. Dort ringen sich wieder die Mächte empor, die der Entente zustreben. Der Ring um Deutschland soll aufs neue geschlossen werden. Die deutsche Regierung aber denkt nur an das Heute und steht dem Morgen mit verschränkten Armen ohne Wegrichtung für die Zukunft gegenüber.

Was der Krieg bringt.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 11. Mai, abends. (Amtlich.)

Örtliche Infanteriegefechte am Südufer der Lys und auf dem Westufer der Avre. Sonst nichts von Bedeutung.

*

WTB. Großes Hauptquartier, 12. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An den Schlachtfronten blieb die Gefechtstätigkeit auf örtliche Kampfhandlungen beschränkt.

Nördlich vom Kemmel und am Südufer der Lys griff der Feind nach heftiger Artillerievorbereitung an; an mehreren Stellen fielen er zu starken Erkundungen vor. Nördlich von Kemmel brachten wir im Nahkampf den feindlichen Angriff in unseren Linien zum Scheitern; im übrigen brachen seine Sturmtruppen schon in unserem Feuer zusammen. Auf dem Westufer der Avre entwickelten sich aus einem eigenen Vorstoß südwestlich von Meilly heftige Kämpfe, in denen wir mehr als 30 Gefangene machten. Zwischen Avre und Oise mehrfach Erkundungsgefechte.

An der übrigen Front nichts von Bedeutung.

Im Luftkampf wurden in den beiden letzten Tagen 13 feindliche Flugzeuge abgeschossen; 12 von ihnen brachte das bisher von Rittmeister Frhrn. v. Richthofen geführte Jagdgeschwader zum Absturz. Leutnant Loewenhardt errang seinen 20. und 21. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

*

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 12. Mai, abends. (Amtlich.)

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Vergebliche französische Sturmangriffe.

Berlin, 12. Mai. (Nichtamtlich.) Zwischen dem Luce-Bach und der Oise entfalteten die Franzosen eine außerordentlich rege Tätigkeit. Nachdem die verzweifelten opferreichen Versuche in Gegend Hangard, die deutsche Front von Amiens zurückzudrücken, unter schweren Verlusten sämtlich scheiterten, zeigen die Franzosen neuerdings Angriffsabsichten größeren Umfangs gegen den für sie so außerordentlich störenden und bedrohlichen deutschen Brückenkopf auf dem westlichen Avre-Ufer. Wie sich mehr und mehr herausstellt, war der französische Vorstoß bei Grivesnes als großer Angriff gedacht und mit starken Kräften durchgeführt. Der außerordentlich zähe Widerstand, den die deutsche Besatzung im Park von Grivesnes in bis gegen Mitternacht währenden Nahkämpfen entgegensetzte, sowie die Geschicklichkeit, mit der die Anschlußkompagnien ihre Gräben abriegelten, beschränkten den französischen Einbruch auf das bisher von den deutschen gehaltene Stück des Parkes von Grivesnes. Alle Versuche der Franzosen ihren geringen Anfangserfolg zu erweitern und über die flache deckungslose Hochebene von Malpart vorzudringen, scheiterten im deutschen Artillerie- und Maschinengewehrfeuer. Der Park von Grivesnes, der bisher wegen der Schwierigkeit in dem dichten Unterholz die eigenen und die fremden Linien zu erkennen, von beiden Gegnern nicht beschossen wurde, liegt nunmehr unter schwerstem deutschen Vernichtungsfeuer. Weiter nördlich in Gegend von Audouilliers brach am 11. früh zwischen 5 und 6 Uhr ein französischer Angriff im deutschen Abwehrfeuer zusammen. Im Aucustawald störte ein deutscher Vorstoß französische Angriffsabsichten. Nach starker Artillerievorbereitung stießen wir in den Wald und machten mehr als 30 Gefangene. Auch östlich der Avre bis an die Oise fühlten die Franzosen an zahlreichen Stellen mit Patrouillen gegen die deutschen Stellungen vor. Alle diese Tastversuche wurden unter erheblichen Feindverlusten bereits bei den vordersten Sicherungen abgewiesen. Nördlich Manicamp versuchten die Franzosen in der Nacht vom 10. auf den 11. mit starken Patrouillen die Oise zu überschreiten. Die Uebergangsversuche wurden durch Maschinengewehr- und Minenwerferfeuer vereitelt, ohne daß der französische Angriff bis jetzt irgendwo zu größerer Wirkung kam, kostet die bloße Absicht, die deutschen Stellungen an Avre und Oise zurückzudrücken, den Franzosen erhebliche Verluste, da in den massierten Bereitstellungen das deutsche Vernichtungsfeuer empfindlich Lücken reißt.

Anerkennung des unabhängigen litauischen Staates durch die deutsche Regierung.

WTB. Kowno, 11. Mai. Dem Präsidium des Litauischen Landesrats ist am 4. Mai eine von Seiner Majestät dem Kaiser und König unterschriebene Urkunde ausgehändigt worden, wodurch der unabhängige litauische Staat vom Deutschen Reiche anerkannt wird. Die Ueberreichung geschah in feierlicher Form durch den Chef der Militärverwaltung in Litauen, der in einer Ansprache dem jungen litauischen Staate Glück- und Segenswünsche mit auf den Weg gab. Der Inhalt der Urkunde ist gleichlautend mit der Antwort, die der Reichskanzler der litauischen Delegation in Berlin am 23. März 1918 erteilte. Die kaiserliche Anerkennungsurkunde, die nunmehr veröffentlicht wird, hat folgenden Wortlaut:

„Wir, Wilhelm von Gottes Gnaden, Deutscher Kaiser und König von Preußen usw., tun hiermit kund und zu wissen: „Nachdem der litauische Landesrat als anerkannte Vertretung des litauischen Volkes am 11. Dezember 1917 die Wiedererrichtung Litauens als unabhängigen mit dem Deutschen Reiche durch ein ewiges, festes Bundesverhältnis und durch Konvention vornehmlich auf dem Gebiete des Militär-, Verkehrs-, Zoll- und Münzwesens verbundenen Staates verkündet und zur Wiedererrichtung dieses Staates Schutz und Hilfe des Deutschen Reiches erbeten hat, und nachdem ferner nunmehr die bisherigen staatlichen Verbindungen Litauens gelöst sind, beauftragten wir hiermit unseren Reichskanzler, Grafen Hertling, dem Litauischen Landesrat zu erklären, daß wir auf der Grundlage der vorstehend genannten Erklärungen des Litauischen Landesrates vom 11. Dezember 1917 namens des Deutschen Reiches Litauen als freien und unabhängigen Staat anerkennen und bereit sind, dem litauischen Staate den erbetenen Schutz und den Beistand bei seiner Wiederaufrichtung zu gewähren. Wir gehen dabei von der Voraussetzung aus, daß die abzuschließenden Konventionen den Interessen des Deutschen Reiches ebenso Rechnung tragen werden wie den litauischen, und daß Litauen an den Kriegslasten Deutschlands, die auch seiner Befreiung dienten, teilnehmen wird. Gleichzeitig erteilen wir unserem Reichskanzler die Vollmacht, im Benehmen mit dem Vertreter der Bevölkerung Litauens, die zur Wiedererrichtung des selbständigen litauischen Staates erforderlichen Maßnahmen zu treffen und zur Herstellung eines festen Bundesverhältnisses zum Deutschen Reiche und zum Abschluß der hierzu vorgesehenen und erforderlichen Konventionen das Weitere zu veranlassen. Zur Urkunde dessen haben wir Gegenwärtiges höchsteigenhändig unterschrieben und mit unserem Insiegel versehen lassen.

Gegeben Großes Hauptquartier, 23. März 1918.

(gez.) Graf v. Hertling. (gez.) Wilhelm.

Der Wiener Bericht.

Wien, 11. Mai. (Amtlich.)

An der italienischen Front war gestern beiderseits die Erkundungs- und Fliegertätigkeit wieder sehr rege.

*

Wien, 12. Mai. (Amtlich.)

Im Pasubio-Gebiet griff der Feind vorgestern unsere Sicherungstruppen an, wobei es ihm gelang, in unsere Vorstellung auf dem Monte Corno einzudringen. Unser gestern angesetzter Gegenstoß warf die Italiener wieder hinaus. In den anderen Abschnitten der Gebirgsfront wurden italienische Erkundungsabteilungen abgewiesen.

Der Feldpilot Einke-Crawford schoß am 11. Mai zwei englische Flugzeuge ab und errang damit seinen 22. und 23. Luftsieg.

In Albanien stellenweise lebhaftere Kampftätigkeit.

Ein allgemeines aber nicht gleiches Wahlrecht in Ungarn?

Ministerpräsident Wekerle erschien am Sonnabend an der Spitze seines zweimalig umgebildeten Kabinetts im Abgeordnetenhaus und hielt eine Programmrede. Wekerle erklärte, die Wahlreform müsse erledigt werden, da diese Frage die öffentliche Meinung in Aufregung versetze und ins politische und wirtschaftliche Leben Unsicherheit hineintrage. Die Regierung sei entschlossen, die Frage der Wahlreform ohne Beeinträchtigung ihrer Prinzipien auf dem Wege der Verständigung zu lösen. Ein vollständiges Einvernehmen mit der Opposition liege allerdings nicht vor; allein im Verlaufe der Verhandlungen sei er zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Vorlage erreicht werden könne. Die Wahlreformvorlage werde jedenfalls den Charakter des allgemeinen Wahlrechtes besitzen. Auch werde dafür gesorgt, daß die weitere Ausdehnung des Wahlrechtes automatisch erfolge.

Hierauf ergriff Graf Tisza das Wort. Er begrüßte mit Freuden die Erklärung des Ministerpräsidenten und wies auf das Bedenkliche einer Auflösung des Hauses hin. Tisza betonte, daß er gegen die Vorlage noch immer schwere Besorgnis habe und nur unter Voraussetzung gewisser Abänderungen dafür stimmen werde.

Wenn Tisza Freude an der Wekerleschen Reform des Wahlrechts empfindet, sieht es nicht gut für die breiten Volksschichten aus.

Die Maßnahmen der neuen ukrainischen Regierung.

Der Ministerrat in Kiew hat sich Freitag abend besonders eingehend mit der Reorganisierung der Kriegs- und Handelsflotte beschäftigt. An der Beratung haben auch die noch vorhandenen Admirale der Kriegsflotte teilgenommen. Die Frage ist schließlich einer Kommission von Offizieren zur raschesten Berichterstattung überwiesen worden. Auch die Frage des Zuckermonopols und der Handelsmonopole, die die Regierung Holubowitsch eingeführt hat, ist eingehend beraten worden. Entscheidung darüber, wie weit diese Monopole aufrecht erhalten werden sollen, ist noch nicht getroffen worden. Der Gesandte der ukrainischen Volksrepublik in Berlin, Sjewerjuk, ist bereits abberufen. Die Beziehungen wird bis auf weiteres der in Berlin weilende erste Gehilfe Sjewerjuks aufrechterhalten. Die Regierung wird heute eine Erklärung über ihr Programm veröffentlichen und darin betonen, daß sie eine selbständige Ukraine zu schaffen wünscht und daß die Gesamtregierung die Leitung des Landes nur zeitweilig in die Hand nimmt. Der freie Wille des Volkes soll sobald als möglich in einer demokratischen ohne jeden Terrorismus durchgeführten Abstimmung zur Geltung kommen.

Das ukrainische Korrespondenz-Bureau meldet nach der „Frankf. Ztg." aus Kiew: Hetman Skoropadski gab Befehl zur Verhaftung des alten Rada-Präsidenten Hruschewski und anderer Mitglieder der Rada. Ihrerseits beschlossen die demissionierten Rada-Mitglieder in geheimer Sitzung, die Volksmassen gegen Skoropadski aufzuhetzen.

Der russische Mitarbeiter des Berner „Bund" schreibt: Wie uns von wohlunterrichteter Seite aus Kiew gemeldet wird, steht hinter dem Hetman Skoropadski tatsächlich nur **eine einzige politische Partei.** Ob er sich auf eine nennenswerte ukrainische Militärmacht stützen kann, ist sehr fraglich.

Ein Porträt unserer Schützlinge.

Ueber das neue ukrainische Hetmans-Kabinett schreibt Paul Rohrbach, deutscher Imperialist und daher sicher unverdächtiger Zeuge, in der „Hilfe" folgendes:

Skoropadski stammt aus einem alten ukrainischen Geschlecht, dem schon ein früherer Hetman im 18. Jahrhundert angehörte. Er hat aber bisher mit der Ukraine und der ukrainischen Bewegung **nichts zu tun gehabt,** sondern war **Petersburger Gardeoffizier und zaristischer General.** Vor der Auflösung des russischen Heeres führte er gegen uns eine Kavalleriedivision. Er ist **eine ähnliche Figur wie der finnländische General Mannerheim,** der gleichfalls ein hoher Offizier von russischer Tradition aus der Zeit des Zarismus ist. Die Minister Loskyi, Prokopowicz, Teschtschenko und Nikowskyi werden als ukrainische Föderalisten bezeichnet, das heißt, **sie sind Anhänger des Zusammenschlusses zwischen der Ukraine und Großrußland zu einem gemeinsamen Bundesstaat oder Staatenbund.** Wassilenko, Butenko, Kijanizyn, Ljubinskyj, Stetkewicz sind Kadetten, das heißt bürgerlich-liberale, die von Anfang an zu der **gesamtrussischen Kadettenpartei** gehörten. Dieser kadettischen Richtung gehören namentlich Wassilenko an, statt dessen von anderer Seite als Ministerpräsident auch Lyzohub genannt wird. Der Postminister **Butenko ist Kadett mit ausgesprochenen großrussischem Standpunkt.** Der Justizminister Scheluchin hat sich einen Namen als **Verfasser einer extrem feindseligen Schrift gegen die deutschen Kolonisten** in der Ukraine gemacht. Der Kriegsminister Sliwinski ist Pole, was besonders angemerkt werden muß, weil er die bewaffnete Macht des ukrainischen Staates zur Verfügung hat und es nahe genug liegt, daß er sich bemüht, sie **zum Schutze seiner Landsleute, der polnischen Großgrundbesitzer,** zu brauchen. Die seltsamste Gestalt im ukrainischen Ministerium ist der **Admiral Koltschak, ein Theaterheld unangenehmen Genres,** und als solcher schon zur zarischen Zeit bekannt. Während der Revolution war er noch unter den Bolschewisten Befehlshaber der Schwarzen-Meer-Flotte. Allerdings hat er dort keine Autorität bei der Mannschaft, wie niemand von den bisherigen Offizieren der Marine. Von ihm stammt das Wort, **wenn es nicht mehr ginge, in Rußland gegen die Deutschen zu kämpfen, werde er sich den Amerikanern zur Verfügung stellen!**

So Rohrbach. Das Gros unserer Alldeutschen ist aber über den Sturz der bisherigen sozialistischen Regierung aus innerpolitischen Gründen so hocherfreut, daß sie — echt alldeutsch — den siegreichen Reaktionären a bisserl Deutschfeindlichkeit gern nachsehen. Denn die „höchsten völkischen Belange" erfordern in erster Linie Niederhaltung der Demokratie, erst in zweiter den Sieg Deutschlands. Diesen Leute wäre wohl auch heute noch Großrußland mit dem Zar und Krieg hundertmal lieber als mit Bolschewiki und Frieden.

Amnestie in Rußland.

Meldung der Reuterschen Telegr.-Agent. Auf Grund der allgemeinen Amnestie vom ersten Mai wurde eine große Zahl der in den Gefängnissen befindlichen politischen und kriminalen Verbrecher befreit. In Petersburg wurden die früheren Minister des Regimes der Romanows und Kerenski in Freiheit gesetzt, ausgenommen die wegen Hochverrates und Betrugs Verurteilten. Der ehemalige Kriegsminister Suchomlinow erfuhr von seiner Befreiung an dem Tage, an welchem er aus dem Gefängnis beurlaubt werden sollte. Purischkewitsch und die anderen Teilnehmer an dem Anschlage gegen die Sowjets sind in Freiheit gesetzt worden. Im ganzen haben 200 Personen, welche wegen politischer und strafrechtlicher Vergehen verurteilt worden waren, an diesem Tage die Kasematten von Kresti verlassen.

Die Cholera in Saratow ausgebrochen.

Einem Telegramm von Reuters Sonderberichterstatter aus Moskau zufolge ist in Saratow die Cholera ausgebrochen.

Die Ernährungskrise in Frankreich.

Die französische Kammer verhandelte Freitag über die Interpellationen in der Nahrungsmittelkrise. Der Ernährungs-

minister Boret wies auf die beängstigende Abnahme des Viehbestandes hin sowie auf die ungenügende Einführung von Gefrierfleisch. 1917 wurden statt der notwendigen 240 000 Tonnen nur 160 000 Tonnen eingeführt, 1918 statt der notwendigen 80 000 Tonnen nur 50 000 Tonnen. Amerika leidet an schweren Eisenbahnkrisen. Weiterhin müsse Frankreich auch Italien Nahrungsmittel abgeben. Schließlich sei der Viehbestand gegen 1913 um 19 p3t. zurückgegangen. Es werden weitere fleischlose Tage und andere einschneidende Beschränkungen der Bevölkerung auferlegt werden müssen.

Lyoner Blätter melden aus Paris: In der gestrigen Kammersitzung bezeichnete der Deputierte Lafont die Brotration für die Arbeiter als unzureichend, namentlich in einigen Städten, wo sie nur 200 Gramm täglich betrage. Man müsse die Einschränkungen im Fleischverbrauch strengstens innehalten oder sofort zur Einführung der Fleischkarte übergehen.

Maurice pensioniert.

London, 11. Mai. (Amtlich.) Generalmajor Maurice ist pensioniert worden.

Will Portugal nicht mehr?

Nach Pariser Blättermeldungen rechnet man mit dem bevorstehenden Austritt Portugals aus dem Vierverband. Die ententefeindliche Stimmung in Portugal wird in den Berichten, die unmittelbar aus Lissabon kommen, nicht bestritten. Seit 25. April fehlen außerdem alle Drahtmeldungen über die dortigen Vorgänge.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 11. Mai. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England durch unsere U-Boote neuerdings versenkt 16 500 Br.-R.-T. feindlichen Handelsschiffsraumes.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Berlin, den 12. Mai. (Amtlich.) Eines unserer U-Boote aus Flandern, Kommandant Oberleutnant zur See Schmitz (Walter) hat im östlichen Teile des Aermel-Kanals die bewaffneten englischen Dampfer „Hungerford" (5811 Brutto-Register-Tonnen) und „Broderick" (4321 Brutto-Register-Tonnen) und einen anderen etwa 5000 Brutto-Register-Tonnen großen bewaffneten Dampfer — zusammen 15 000 Raumtonnen versenkt.

Die großen Erfolge des Bootes, das nach dem Blockierungsversuch wohlbehalten in Zeebrügge eingelaufen ist, zeigen besser als Worte, daß sich der Feind falschen Hoffnungen hingibt, wenn er immer wieder die Meldung ausstreut, daß die Blockierung unserer flandrischen Stützpunkte und die Lahmlegung unserer dort stationierten U-Boote geglückt sei.

Im ganzen nach neueingegangenen Nachrichten unserer U-Boote versenkt: **18 000 Brutto-Register-Tonnen.**

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Im Zusammenhang mit der Torpedierung des amerikanischen Dampfers „Chattakorrhee" (8007 Brutto-Registertonnen) wird mitgeteilt, daß dieser Dampfer die frühere „Sachsen" der Hamburg-Amerika Linie ist. Dies ist bereits das dritte nordamerikanische Fahrzeug deutscher Herkunft, welches torpediert wurde.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Erhöhung der Diäten für die Reichstagsmitglieder

von 3000 auf 5000 Mark jährlich fand am Freitag die Zustimmung des Bundesrates. Begründet wird diese Erhöhung mit der Verteuerung aller Lebensverhältnisse. Die Erhöhung erstreckt sich jedoch nur auf die jeweilig laufende Legislaturperiode und muß beim Beginn einer neuen Periode neu beschlossen werden. Die Auszahlung der erhöhten Entschädigung ist so gedacht, daß die Monatsraten von Dezember bis April, die bisher je 400 Mk. betrugen, verdoppelt werden sollen.

Das Branntweinmonopol vom Ausschuß angenommen.

Der Reichstagsausschuß zur Vorberatung des Branntweinmonopols kam in seiner heutigen fünften Sitzung zur Abstimmung über den entscheidenden § 1. Dieser § 1 bestimmt in der Fassung der Regierungsvorlage, daß der im Inland hergestellte Branntwein aus der Brennerei zu einem bestimmten Uebernahmepreis an das Reich abzuliefern ist. Dieser Paragraph wurde mit 14 gegen 10 Stimmen angenommen. Die Mehrheit setzt sich zusammen aus den Konservativen, der Deutschen Fraktion, den Nationalliberalen und den Sozialdemokraten, zur Minderheit gehören die Fortschrittler, das Zentrum und die Unabhängigen Sozialdemokraten.

Der Entscheidungskampf ums preußische Wahlrecht

soll heute im preußischen Abgeordnetenhause beginnen. Die Fraktionen, welche dem Volke die Gleichberechtigung nicht gewähren wollen, suchen noch immer nach einem Kompromiß, um die Einlösung des Königswortes zu verhindern. Bis jetzt ist eine derartige Verständigung noch nicht erzielt. Eine große Reihe von Anträgen ist zur heutigen Sitzung bereits eingebracht. Es handelt sich dabei durchweg um Anträge, die bereits zur zweiten Lesung gestellt, aber abgelehnt worden sind. Hierzu gehört in erster Linie ein fortschrittlicher Antrag auf Wiederherstellung des § 3 der Vorlage über die Wahlen zum Abgeordnetenhause, der bekanntlich das gleiche Wahlrecht vorsieht. Ein gleichlautender Antrag ist von den beiden nationalliberalen Abgeordneten Lucas und Dr. Otto gestellt worden. Die Nationalliberalen haben ferner ihren Antrag auf Einführung der Verhältniswahl in den gemischtsprachigen Teilen des Ostens, in Groß-Berlin und einigen westlichen Industriebezirken wieder eingebracht, ebenso die Fortschrittler ihren Antrag, der die Verhältniswahl einführen will in allen denjenigen Kreisen, in denen sie auch nach dem dem Reichstag vorliegenden Gesetzentwurf eingeführt werden soll. Vom Zentrum liegen bisher die Sicherungsanträge, soweit sie sich auf das Verhältnis von Kirche und Schule beziehen, sowie der Sicherungsantrag auf Durchzählung der Stimmen in einer vereinigten Sitzung beider Häuser für den Fall, daß das Herrenhaus einer Vorlage des Abgeordnetenhauses nicht beitritt, vor. Nach der „Köln. Volksztg." ist die **Mehrheit der Zentrumsfraktion grundsätzlich gegen das gleiche Wahlrecht!**

Der Beratungsplan geht dahin, daß zunächst eine allgemeine Besprechung über alle Gesetzentwürfe stattfindet. Dann soll über die Sicherungsanträge beraten werden, dann über das Verfassungsgesetz, hierauf folgt die Beratung über das Gesetz über die Zusammensetzung der Ersten Kammer und erst dann über das Gesetz betr. die Wahlen zum Abgeordnetenhause. Im Anschluß daran wird dann die Gesamtabstimmung über alle drei Gesetze vorgenommen. Hiernach dürfte die Entscheidung über das gleiche Wahlrecht am Montag noch nicht fallen. Es steht aber fest, daß das Haus auch diesmal wieder das gleiche Wahlrecht ablehnt und zwar ist es nicht ausgeschlossen, daß die Mehrheit gegen das gleiche Wahlrecht eine noch größere wird, als bei der zweiten Lesung, da eine Reihe von Mitgliedern der Zentrumsfraktion, wenn ihre Sicherungsanträge abgelehnt werden, für das gleiche Wahlrecht nicht stimmen wird. Die Regierung will dann das Haus nicht auflösen, sondern nur mit der Auflösung drohen; im übrigen aber die Vorlagen noch an das Herrenhaus bringen, weil sie sich immer noch eine Verständigung auf diesem Wege verspricht. Uns erscheint eine solche Verständigung völlig ausgeschlossen, wir müssen nach wie vor darauf dringen, daß die Abgeordneten des Dreiklassenparlaments nach Hause geschickt werden und die Regierung an das Volk appelliert.

Erzberger — Hertling.

Die „Vossische Zeitung" veröffentlicht den Briefwechsel zwischen dem Reichskanzler und dem Abgeordneten Erzberger, auf den die „Sächsische Volkszeitung" angespielt hatte, während eine Erklärung Erzbergers ihre Angaben bestritt. Es handelt sich um fünf Briefe, in denen sich Erzberger und der Kanzler über Erzbergers Besuche in Wien auseinandersetzen. Dem Kanzler war hinterbracht worden, daß Erzberger sich in Wien beim Hofe unfreundlich über ihn geäußert hätte. Erzberger bestritt dies gegenüber dem Grafen Hertling, und dieser gewann den Eindruck, als ob Erzberger sagen wollte, daß er überhaupt nicht in Wien gewesen wäre. Später wurde dem Reichskanzler der Beweis erbracht, daß Erzberger doch dagewesen wäre, und Graf Hertling äußerte sich anderen Zentrumsabgeordneten gegenüber, daß Erzberger ihn belogen hätte.

Demgegenüber schreibt nun Erzberger dem Kanzler, daß er ihm über seinen Aufenthalt in Wien ja selbst früher schon Bericht erstattet hätte. Er habe nicht geleugnet, in Wien, sondern nur bestritten, bei Hofe gewesen zu sein. Der Kanzler müsse ihn mißverstanden haben. Nach einigem Hin und Her bestätigt Graf Hertling, daß es sich um ein Mißverständnis von beiden Seiten gehandelt haben müßte.

Der Zwischenfall ist an sich ganz bedeutungslos, aber der Ton des Briefwechsels bestätigt, daß Graf Hertling eine übermäßige Freundschaft und Zuneigung für Erzberger nicht empfindet.

Erzberger ist gegenwärtig Gegenstand wüster persönlicher Angriffe durch die Alldeutschen. Das macht ihn uns natürlich sympathisch. Aber wir sollten darüber nicht vergessen, daß Erzberger außerordentlich beweglich und wandlungsfähig ist. Wir haben schon einmal 1906 mit Erzberger zusammen einen großen Kampf aufgenommen, und das Ende der Geschichte war, daß nach den Reichstags-Neuwahlen Erzberger den schwarz-blauen Block bilden half und in seinem Namen die heftigsten Angriffe gegen die Sozialdemokratie führte. Bei allem Ekel vor der unanständigen Kampfweise der Alldeutschen müssen wir also eine gewisse Vorsicht gegen Erzberger beobachten.

Wahlrechtskampf in Koburg-Gotha.

Die vom Landtag eingesetzte Wahlrechtskommission wird bis zum 12. Mai ihre Beratungen beendet haben. Dann treten die Speziallandtage für Koburg und für Gotha zusammen und am 30. Mai der gemeinschaftliche Landtag. Seit Monaten hat sich der Ausschuß mit der Regierungsvorlage beschäftigt, aber die konservativen und nationalliberalen Volksfeinde konnten sich mit der gedachten Neuordnung der Dinge, wie sie schon oft von der Regierung zugesagt, nicht befreunden und trieben aus Furcht vor dem neuen Landtagswahlrecht schärfste Opposition. Schon konnte man die berühmten Worte vernehmen: „Nischt wird's!" Die Mehrheit will den Städten keine gerechtere Wahlkreiseinteilung und keine Einführung der Verhältniswahl gewähren, so daß schon Befürchtungen laut wurden, die Sache solle bis über den Krieg hinaus verschleppt werden. Dann glaubt die Reaktion gesiegt zu haben. Ob die Regierung den Mut haben wird, im Falle der Ablehnung ihrer Vorlage die Landtage aufzulösen, ist fraglich. Die hauptsächlichsten Punkte der Wahlrechtsvorlage sind: Erhöhung der Zahl der Abgeordneten in Koburg von 11 auf 13 und in Gotha von 19 auf 24, die Ausschaltung des Wahlmännersystems, sowie das Proportionalwahlverfahren für die Städte Koburg, Neustadt, Gotha, Zella und Mehlis, um, wie es in der ministeriellen Begründung heißt, die schwierige Wahlkreiseinteilung dieser Städte zu vermeiden. Wahlberechtigt soll jeder Staatsbürger sein, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt, seit mindestens einem Jahre die Staatsangehörigkeit erworben und für das der Wahl vorangegangene Rechnungsjahr Staatssteuern bezahlt hat. Für die Wählbarkeit wird das 30. Lebensjahr festgesetzt wie seither. Unsere Genossen beantragen u. a. mit dem 21. Lebensjahr das Wahlrecht zu geben; Wählbarkeit von 25. Lebensjahr an. Die mehr als 150 Paragraphen des Entwurfs boten auch sonst viele Angriffspunkte. In den öffentlichen Verhandlungen der Parlamentchen wird sich erst der Rückstand der Mehrheitsparteien zeigen. Das liberale „Koburger Tageblatt" verkündet bereits, daß „die Hoffnungen auf eine befriedigende Lösung der Wahlrechtsfeinde noch nicht größer geworden" seien. Der Widerstand gegen die Reform sei noch in alter Stärke vorhanden. Die Regierung wolle jedoch an ihrer Vorlage festhalten.

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 13. Mai. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Kemmelgebiet hielt lebhafte Artillerietätigkeit in Verbindung mit örtlichen Infanteriegefechten an. Auch in den übrigen Kampfabschnitten lebte sie am Abend vielfach auf. Im Ancre-Tal südwestlich von Albert wurde ein englischer Teilangriff abgewiesen. An vielen Stellen der Front setzte der Feind seine Erkundungsvorstöße fort. Bei ihrer Abwehr machten wir mehrfach Gefangene.

Im April betrug der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 15 Fesselballone und 271 Flugzeuge, von denen 122 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgestürzt sind.

Wir haben im Kampf 123 Flugzeuge und 14 Fesselballone verloren.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Landarbeiter und Arbeitskammern.

Im Gegensatz zu den Vorschlägen der Gewerkschaften hat der Regierungsentwurf zu einem Arbeitskammergesetz die Landwirtschaft vollständig ausgeschaltet. Der freigewerkschaftliche und christliche Landarbeiterverband haben gemeinsam ein Landarbeiterprogramm aufgestellt, das von uns besprochen wurde. Darin wird unter anderem durch die Reichsgesetzgebung gefordert:

Erlaß eines Gesetzes zwecks Errichtung von ländlichen Schiedsgerichten für Streitigkeiten aus dem Arbeits- und Dienstvertrag der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter nach Art der Gewerbegerichte.

Erlaß eines Arbeitskammergesetzes mit besonderen Abteilungen für Land- und Forstwirtschaft.

Schaffung von Schlichtungsstellen und Einigungsämtern zur Vorbeugung und Beilegung von wirtschaftlichen Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern der Land- und Forstwirtschaft.

Errichtung von gewählten Arbeiterausschüssen für alle land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit mindestens 20 Arbeitern und Arbeiterinnen. Ausdehnung der Aufgaben der Landarbeiterausschüsse in solchen Gutsbezirken, für welche keine gewählte Gemeindevertretung besteht, mit entsprechenden Aufgaben einer Gemeindevertretung.

Die Regierung wird diesen Forderungen gegenüber erklären, die eigenartigen Verhältnisse in der Landwirtschaft erforderten eine gesonderte Regelung. Man will nach dem Willen der Agrarier anscheinend eine gesonderte Vertretung bei den Landwirtschaftskammern schaffen. Im Abgeordnetenhaus hat kürzlich der Landwirtschaftsminister schon derartige Zusagen gemacht. Nach dem Plane der Agrarier kann es sich bei dieser Vertretung von Landarbeiterfragen bei den Landwirtschaftskammern, die eine reine Interessenvertretung der Großgrundbesitzer sind, nur um eine Scheinvertretung der Landarbeiter handeln.

Auf den Gedanken, die Landarbeiter zu den Landwirtschaftskammern hinzuzuziehen, sind die Agrarier übrigens erst nach der Betätigung des Landarbeiterverbandes gekommen. Im Monat Februar dieses Jahres tagte der Deutsche Landwirtschaftsrat. Dabei machte v. Wangenheim ein wertvolles Eingeständnis. Er sagte: „Die Landwirtschaftskammer in Pommern hat mit Rücksicht auf die sozialdemokratischen Eindrängungsversuche in die ländliche Arbeiterschaft den Vorschlag gemacht, Landarbeiter durch Wahlrecht in die Landwirtschaftskammer zu nehmen. Wir selber in Pommern haben den Versuch gemacht und die Arbeiter in Ausschüsse berufen." Da in der Agrariersprache mit „sozialdemokratischen Eindrängungsversuchen" der Deutsche Landarbeiterverband gemeint ist, wird hier wieder die alte Wahrheit bestätigt, daß sich die Arbeitgeber erst dann aufraffen und sich mit Arbeiterfragen beschäftigen, wenn die Arbeiter sich organisieren, um ihre Lage zu verbessern.

Dieser Hinweis zeigt deutlich, was mit der Zuziehung der Landarbeiter zu den Landwirtschaftskammern geplant ist. Auch eine andere wichtige Berufsgruppe, nämlich die Gärtnereiarbeiter, würden damit getroffen werden und aus den Arbeitskammern jedenfalls ausscheiden. Weil für die Gärtnereiarbeiter die Rechtsfrage, ob es sich hier um gewerbliche oder landwirtschaftliche Arbeiter handelt, noch ungeklärt ist.

Möge der Reichstag bei der Beratung des Entwurfs dafür sorgen, daß die Landarbeiter zu ihrem Recht kommen.

Eine Teuerungszulage für die Militärrentner!

Auf Grund der Beschlüsse seines Verbandstages in Weimar hat der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer an den Reichstag erneut die Bitte gerichtet, unabhängig von der notwendigen Neuordnung des Mannschaftsversorgungsgesetzes sofort eine Teurungszulage zu den Renten rückwirkend ab 1. Januar 1918 zu bewilligen. In der Begründung der Eingabe wird auf die allgemeine Revisionsbedürftigkeit des Mannschaftsversorgungsgesetzes hingewiesen, aber zugleich hervorgehoben, daß noch immer nicht mit Sicherheit abzusehen ist, wann diese Neuordnung von den gesetzgebenden Faktoren durchgeführt werden wird — in Aussicht gestellt ist sie bereits seit drei Jahren.

Inzwischen gewährt das Reich noch immer den als vollständig erwerbsunfähig entlassenen Kriegsteilnehmern eine Vollrente von 540 Mark im Jahre. Das heißt natürlich diese Kriegskrüppel schwerster sozialer Not ausliefern. Bei den jetzigen Kosten für Kleidung, Schuhe, Lebensmittel, Heizung und Fahrgelegenheit reicht dieser Betrag natürlich nicht hin und nicht her. Infolge der Teuerung hat sich das Reich gezwungen gesehen, die Familienunterstützung zu verdoppeln und auch die Unfall- und Invalidenrente zu erhöhen. Nur die Militärrentner sind bisher auf Einzelzulagen auf Grund besonderer Hilfsgesuche angewiesen geblieben. Der Reichsbund bittet den Reichstag und den Reichskanzler dringend, den Wünschen derer, die in schwerer Zeit die größten Lasten für die Allgemeinheit getragen haben, nunmehr endlich entgegenzukommen.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 13. Mai.

Hüben wie drüben.

In atemlosem Bangen lauscht die Welt,
Zu wessen Gunsten der Würfel fällt.
Auf beiden Seiten erbittertstes Ringen,
Um die Entscheidung zu erzwingen.
Furchtbare Opfer an Gut und Blut,
Wahre Wunder an Kraft und Mut
Hüben wie drüben . . . .

In Stadt und Land herrscht Elend und Not.
Viel Steine gibt's, doch wenig Brot.
Verwundete, Krüppel ohne Zahl
In Lazaretten der Sterbenden Qual.
Gefangene harren tagaus, tagein
Auf die Erlösung aus langer Pein
Hüben wie drüben . . . .

Ist das die vielgepriesene Kultur,
Daß man vernichtet Wald und Flur,
Daß man Menschen gegen Menschen hetzt.
Wird das nicht Wahnsinn zuguterletzt?
Ist niemand, der Einhalt gebieten möchte,
Der uns den ewigen Frieden brächte
Hüben wie drüben . . . .

Unteroffizier K.

Das Gedächtnis von Karl Marx

soll die am Mittwoch abend im Gewerkschaftshaus abzuhaltende **Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins** in einfachster Weise ehren. Genosse **Bromme** wird in einem Vortrage den Lebensgang und das Wirken des am 5. Mai 1818, also vor hundert Jahren geborenen Vaters des wissenschaftlichen Sozialismus den Mitgliedern vor Augen führen.

„Marx lebt, obgleich schon lange tot, noch mitten unter uns. Seine geistige Saat grünt. Der wüste Traum, der heute auf uns wie ein Alp lastet, muß wieder verfliegen. Dann werden wir wieder anknüpfen an die Fäden, die im Jahre 1914 abrissen, werden uns wieder den großen inneren sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben, der Fürsorge und der Organisation für die Arbeiterklasse, zuwenden. Statt des Waffenklirrens, der Kommandorufe und der Schlachtenberichte, statt des Stöhnens der Verwundeten und Verstümmelten und des Jammers der Ueberlebenden wird dann wieder die aufklärende Sprache der Denker, die ruhige, anfeuernde Stimme der sozialen Mahner und Weckrufer zu uns tönen. Wir werden in Reih und Glied gemeinsam wie vordem um unsere soziale Hebung ringen. Dann wird uns auf neuer und doch längst vertrauter Bahn wieder die Gestalt des großen Meisters voranschreiten, und wieder wird ein Leuchten und ein Erheben von ihm ausgehen, das uns die Sinne zu klarerem Erkennen schärft und den Willen zu unerschütterlicher Zuversicht und Entschlossenheit stählt. Wenn, wie bei Marx, ein kurzes persönliches Leben nicht durch 20 Jahre des maßlosesten Elends niedergebrochen werden konnte, so können in der langen Entwicklung einer großen, machtvoll aufstrebenden Klasse, der Arbeiterklasse, vier und noch mehr Jahre der Zerrüttung aller normalen Verhältnisse, so schmerzlich sie auch sind, erst recht keine entscheidende Rolle spielen. Die Kriegsstürme haben uns wohl einen Augenblick gebeugt, aber sie können uns nicht entwurzeln, weil wir viel zu tief in das nährende und haltende Erdreich der ganzen heutigen Wirtschaftsweise verwachsen sind, weil die ganze Wirtschaftsentwicklung für uns arbeitet. Der uns diesen Glauben nicht nur gab, sondern ihn unumstößlich wissenschaftlich begründete, ihm danken wir heute bei dieser Feier. Aber nicht bloße Lippenbekenner und Buchstabengläubige, sondern — das geloben wir heute zu seinem Gedächtnis — als Fortsetzer seines Werkes, bis die Ziele des Marxschen Lebensringens erreicht sein werden: die wahre, die wirtschaftliche und soziale Freiheit, die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aller, die im Schweiße ihres Angesichts arbeiten, aller Proletarier und damit des gesamten Menschengeschlechts."

Diese schönen und erhebenden Worte, die Schippel in seiner Marx-Gedächtnisrede in Chemnitz sprach, sind von dem Geiste beseelt, der die Lübecker Parteigenossen bei ihren Handlungen leitet, von denen ihre schlichte Marxfeier getragen sein wird.

Austausch der älteren Jahrgänge des Landsturms. Zur Beseitigung von Zweifeln und Einschränkung aussichtsloser Gesuche wird amtlich bekanntgegeben:

1. Der Austausch erfolgt im allgemeinen nur bei den Truppen der vordersten Linie. Solange die Ersatzlage es zuläßt, soll die Maßnahme in besonders berücksichtigungswerten Fällen auch auf solche Truppen ausgedehnt werden, die zwar nicht zu denen der vordersten Linie gehören, aber trotzdem dem feindlichen Feuer stark ausgesetzt sind.

2. Der Austausch erstreckt sich nur auf Mannschaften, die länger als sechs Monate in vorderster Linie Dienst getan haben. Diese werden aus der vordersten Linie zurückgezogen.

Eine Zurückversetzung in die Heimat ist dagegen nicht ohne weiteres angängig, da auf die Verwendung auch der älteren Landsturmleute hinter der Front, in rückwärtigen Formationen und bei der Etappe vorläufig noch nicht verzichtet werden kann.

3. Der Austausch war zunächst beschränkt auf die 45jährigen und älteren Landsturmleute. Soweit die Ersatzlage es gestattet, soll die Maßnahme auch auf die nächst jüngeren Jahrgänge ausgedehnt werden.

4. Der Austausch findet im allgemeinen nach dem Alter statt, besondere persönliche, familiäre und gesundheitliche Verhältnisse berechtigen jedoch zu Ausnahmen.

5. Das Fortschreiten des Austausches kann nicht gleichmäßig erfolgen, es ist von der jeweiligen Ersatzlage in den einzelnen Korpsbezirken abhängig.

6. Ohne Rücksicht auf das Lebensalter können Väter zahlreicher unversorgter Kinder und die letzten überlebenden Söhne von Familien, die durch den Verlust ihrer übrigen Söhne besonders schwer geprüft sind, aus der vordersten Linie zurückgezogen werden, soweit es die militärischen Verhältnisse, insbesondere die Ersatzlage, gestatten.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat April auf 1289 (1150), die der Besucher auf 1435 (1233). (Die eingeklammerten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats.) Davon kamen in derselben Sache wiederholt 133 Personen. Mithin sind im April 1156 neue Fälle bearbeitet worden. Auskünfte wurden erteilt 1346 (1211), darunter nach auswärts schriftlich 45 (46). Von den Besuchern waren organisiert 784 (667) Personen, und zwar gewerkschaftlich 515, politisch 21, gewerkschaftlich und politisch 269. Unter den verbleibenden 630 Nichtorganisierten befinden sich 530 Angehörige von Organisierten und vier Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 576 (439) männlich, 855 (793) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 1364 (1157), selbständige Gewerbetreibende, Beamte usw. und deren Angehörige 67 (75); Organisationen 4 (1). In Lübeck (Stadt) hatten von den Besuchern 1127 (898) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck (Land) 130 (151), Oldenburg 63 (73), Mecklenburg 45 (52), Preußen 45 (31) und sonstwo 25 (28). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung) — (203), Privatangestelltenversicherung 2 (1), Arbeits- und Dienstvertrag 133 (99), bürgerliches Recht 329 (325), Strafrecht 76 (51), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 589 (513), Arbeiterbewegung — (1), Privatversicherung 1 (2), Handels- und Gewerbesachen 2 (2), Hilfsdienst 16 (13), Verschiedenes 17 (1). Von den Auskünften machten 369 (367) die Anfertigung von 431 (444) Schriftsätzen erforderlich; außerdem gingen aus 11 (12) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 211 (248) Postsendungen. Der 2. April zeigte mit 72 (73) die höchste, der 26. April mit 34 (24) die niedrigste Besucherzahl.

Wohnungszählung. In der zweiten Hälfte des Monats Mai findet eine Wohnungszählung statt. Sie erfolgt durch Hauslisten und zwar dergestalt, daß für jedes Hausgrundstück mit mindestens einer Wohnung, sie sei bewohnt oder leerstehend, je eine Hausliste aufzustellen ist, in die alle auf dem Grundstück befindlichen Wohnungen einzeln einzutragen sind. Als „leerstehend" gelten aber nur solche unbewohnten Wohnungen, für die am Zählungstage kein Mietsvertrag läuft. Anzugeben ist in der Liste u. a. die Lage der Wohnung, die Zahl der Wohnräume, der Mietpreis, die Zahl sämtlicher Bewohner (ausgenommen im Felde stehende Heeresangehörige, auch wenn sie am Zähltage zufällig auf Urlaub zu Hause sind, und einquartierte Soldaten), endlich die Zahl der Frauen, die jetzt keine eigene Wohnung haben, aber nach dem Kriege ein solche beziehen wollen. Die Ausfüllung der Liste hat durch die Hauseigentümer oder ihre Stellvertreter, z. B. den Vizewirt oder den Mieter eines Einfamilienhauses oder sonst einen Mieter zu erfolgen. Die Haushaltungsvorstände haben ihnen alle zur Ausfüllung erforderlichen Angaben zu machen. Die Austeilung und Wiedereinsammlung der Listen geschieht wieder durch Lehrer und Lehrerinnen sowie ältere Schüler und Schülerinnen.

Pfingstverkehr. Die Schwierigkeiten im Betrieb werden es der Eisenbahnverwaltung auch zu Pfingsten wieder nicht möglich machen, ähnlich wie in früheren Jahren besondere Entlastungszüge für den Personenverkehr einzulegen. Daß die Reisenden zuverlässige Beförderung finden, wird daher nur dann zu ermöglichen sein, wenn sich wiederum jeder selbst mit Pfingstreisen äußerste Beschränkung auferlegt; andernfalls wird es nicht zu verhindern sein, daß Reisende wegen Ueberfüllung der Züge zurückbleiben müssen.

Achtung bei Reisen nach Dänemark! Vom 13. Mai ab müssen alle aus dem Auslande in Dänemark eintreffenden Personen ein Verzeichnis der mitgeführten Kleidungsstücke vorzeigen, das nach Prüfung von den Zollbehörden abgestempelt wird. Bei dem späteren Austritt aus dänischem Gebiet ist es dem Reisenden nicht gestattet, mehr oder andere Bekleidungsstücke, als auf dem Verzeichnis angeführt sind, auszuführen. Man will dadurch bei der Warenknappheit das Hamstern nach dem Auslande verhindern.

Die drei gestrengen Herren Mamertus, Pankratius und Servatius führen am 11., 12. und 13. Mai ihr Regiment. Sie meinten es nicht gar zu schlimm, wenn auch der Herr Pankratius gestern ein unfreundlicher und windiger Geselle war und uns eine kühle und regnerische Nacht bescheerte. Die Landwirte und die Kleingartenbesitzer werden darüber wohl kaum betrübt sein.

Der vaterländische Abend, welcher am Sonnabend abend im Marmorsaal stattfand, war sehr gut besucht. Das Ehepaar Bähnke trug durch beifällig aufgenommene Lieder von H. v. Eycken, M. Reger und K. Radeke, sowie „Zwei Duette" von G. Göhler, zum Gelingen der Veranstaltung bei. Die Rezitationen des Feldgrauen John Beermann: „Die Mette von Marienburg" von Felix Dahn und „Die Franzer" von H. F. Urban gefielen sehr. Herr Feld-Divisions-Pfarrer Zingow-Eutin erzählte von seinen Erlebnissen: „Beim Lübecker Regimente im Felde." Er schilderte seine Eindrücke im Schützengraben, sowie in den verschiedenen Lazaretten. Der gute Wille zum deutschen Sieg und Frieden sei, so sagte er, nicht nur im Schützengraben, sondern auch in den Lazaretten und überall, wo Feldgraue angetroffen werden, vorhanden. Auf die Daheimgebliebenen übergehend, die auch viele Opfer für das Vaterland zu bringen haben, geißelte Redner das gewissenlose Treiben der Wucherer, die in der Heimat sich auf Kosten derjenigen, die mit ihrem Blut und dem Leben das Vaterland vor dem Eindringen des Feindes verhindert haben, zu bereichern suchen, in scharfer Weise. Auch gegen Lichnowsky wandte sich der Redner. Auch in der Heimat müßten alle sozialen Klassenunterschiede verschwinden, wie das im Felde der Fall ist. Die wachsende Erkenntnis, daß es ein höheres Wesen geben müsse, wäre das Gute, was der Krieg gebracht habe, so schloß der Pfarrer seinen Vortrag. Der Ueberschuß des Abends, der für den Hilfsfonds der Hinterbliebenen von Angehörigen des Regiments Lübeck bestimmt ist, dürfte ein ansehnlicher sein.

Grundstückseigentümer, die verkaufen wollen, werden vor sogenannten Zeitungsneppern gewarnt, die sie zur Erteilung von Insertionsaufträgen in unbekannten, wertlosen Offertenblättern verleiten wollen. Hauptsitze dieses Schwindels sind Frankfurt a. M. Aufklärung in Zweifelsfällen erteilt die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden dem hiesigen Gesundheitsamt im Monat April in 143 Fällen gemeldet. Davon betragen 89 Fälle (7 tödlich verlaufen) Diphtherie, 44 (1 tödlich) Masern, 6 (3 tödlich) Typhus und 4 (1 tödlich) Scharlach.

pb. **Durstige Heizer.** Ermittelt und festgenommen wurden vier Heizer eines bei Siems liegenden Dampfers, die aus einem an der Travemünder Landstraße liegenden Gasthaus eine Kiste Wein gestohlen und diese an Bord ihres Dampfers geschleppt hatten. Dort konnte ihnen die Diebesbeute bis auf vier Flaschen wieder abgenommen und den Eigentümern ausgehändigt werden.

pb. **Wieder ins Gefängnis.** Ermittelt und festgenommen wurde ein hiesiger Arbeitsbursche, der vor längerer Zeit aus der Strafanstalt in Glückstadt entflohen war, wo er noch eine längere Gefängnisstrafe wegen Diebstahls zu verbüßen hat.

pb. **Steckbriefling.** Festgenommen wurde ein Schiffskoch, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt wurde.

pb. **Treibriemendiebe.** Ermittelt und festgenommen wurden ein in der Marlistraße und ein in Schwartau wohnhafter Arbeitsbursche, die gemeinschaftlich aus einer Fabrik in Dänischburg, wo beide kurze Zeit beschäftigt gewesen waren, einen Treibriemen gestohlen hatten. Ein Teil des Treibriemens, den die jugendlichen Diebe versteckt hatten, konnte wieder herbeigeschafft werden.

pb. **Schlechte Freundin.** Festgenommen wurde eine Arbeiterin aus Eikhorst, die hier eine Freundin besucht hatte und diese Gelegenheit dazu benutzte, der Freundin ein Paar Stiefel, ein Hemd, eine Hose und andere Kleinigkeiten zu stehlen.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Abhanden gekommen und vermutlich gestohlen ist ein Fahrrad, Marke Victoria, mit den vom Polizeiamt gelieferten Nummern 306. Das mit einer gebogenen Lenkstange versehene Fahrrad hat einen auffällig hohen Rahmen.

Tostedt (Landkreis Harburg). Ein Großfeuer entstand auf dem hiesigen Güterbahnhof durch Funkenflug einer Lokomotive. Ein Waggon Heide wurde in Brand gesteckt, in wenigen Augenblicken brannten fünf weitere Waggons Heide, ferner ein Möbelwagen, dessen Inhalt einen Wert von 60 000 Mk. hatte und ein Ackerwagen. Alles ist ein Raub der Flammen geworden.

Bremen. Der Senat zum Kriegszielbeschluß der Bürgerschaft. Der Senat teilt mit, daß er die Ansicht der Bürgerschaft über die Forderungen, deren Erfüllung bei den ferneren Friedensschlüssen nach Möglichkeit erstrebt werden muß, teilt. Er hat daher dem Reichskanzler von dem Beschluß der Bürgerschaft Kenntnis gegeben und wird auch fernerhin in der gleichen Richtung innerhalb der ihm durch die Reichsverfassung gezogenen Grenzen zu wirken suchen. — So ähnlich dürfte sich auch der Lübecker Senat äußern zur Kundgebung der 40 erstklassigen Bürgerschaftsmitglieder.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Ein Notschrei!

In der letzten Bürgerschaftssitzung ist der Antrag von B.-M. Dr. Görtz, betreffs Erhöhung der Gehälter der etatsmäßigen Beamten, angenommen worden. Es wurde von der großen Not und von den großen Leistungen der Beamten gesprochen, aber von uns ständig beschäftigten unteren Angestellten wurde kein Wort erwähnt. Darnach scheint es, als litten wir keine Not, denn keiner von den Herren Bürgerschaftsmitgliedern hat irgend ein Wort von uns unteren Angestellten erwähnt, welches sehr zu bedauern ist, zumal wir ständig Beschäftigten während des Krieges fast das doppelte zu leisten haben. Der höhere Beamte kann bei einem Gehalt von 5000 bis 6000 Mk. sich mehr leisten, als wir mit unsern 1600 bis 2000 Mk. Bei einem solchen Gehalte kann man, bei der jetzigen Teuerung, gewiß keine großen Sprünge machen, und wäre es doch sehr erwünscht, wenn der Hohe Senat uns unteren Angestellten schleunigst die erhöhte Kriegsteuerungszulage, wie sie im Reich und Preußen schon ausbezahlt ist, vom 1. April ab ausbezahlte, was schon eine große Hilfe für uns unteren Angestellten wäre. Wer schnell gibt, gibt doppelt.

Mehrere Angestellte.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co, Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im Lübecker Volksboten

Bekanntmachung

über das Verbot des Abmähens oder Verfüttern von grünem Roggen oder grünem Weizen.

In gegebener Veranlassung bringt das Polizeiamt hierdurch in Erinnerung, daß durch Verordnung des Senates vom 26. Mai 1915 das Abmähen oder Verfüttern von grünem Roggen oder grünem Weizen als Grünfutter verboten ist und Zuwiderhandlungen mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bedroht sind. Anträge, von diesem Verbote Ausnahmen zu gestatten, sind an das Polizeiamt zu richten.

Lübeck, den 10. Mai 1918. (2270

Das Polizeiamt.

Wir suchen für unseren Betrieb
ungelernte Arbeiter u. Platzarbeiter
in größerer Zahl, ferner (2268
Eisendreher, Maschinenschlosser, Böttcher, Rangierer, Rottenführer und Rottenarbeiter.
Arbeiterannahmestelle Pulverfabrik Premnitz,
Rathenow, Bahnhofstr. 22.

Sozialdemokratisch. Verein
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 15. Mai 1918
abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Tages-Ordnung:
1. **Vortrag** des Genossen **W. Bromme:**
Karl Marx, sein Leben u. seine Lehre.
2. Innere Vereinsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen der Genossinnen und Genossen ersucht
2275 **Der Vorstand.**

Deutscher
Transportarbeiterverband
Ortsverwaltung Lübeck.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß der Kollege
A. Ziedorn
Hafenarbeiter,
im Alter von 63 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 15. d. Mts., nachmittags 3½ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.
Um rege Beteiligung ersucht
2278 **Der Vorstand.**

Nach bangem Warten um das Schicksal unserer beiden lieben Söhne Karl u. Hans traf uns wieder der harte Schlag, daß nun unser lieber letzter Sohn, Bruder und Schwager, der Pionier
Friedr. Lütt
im blühenden Alter von 22 Jahren am 2. Mai diesem schrecklichen Kriege zum Opfer gefallen ist.
Die tieferschütterten Eltern
Julius Lütt und Frau.
Joh. Beckholdt, zurzeit im Felde, u. Frau geb. Lütt
Dummersdorf.
Gertrud Lütt.
Engelsgrube 77. 2276

Junges kinderl. Ehepaar sucht schönes Zimmer mit Gas und Küchenbenutzung. Nähe Geibelplatz und Burgtor. Angeb. mit ½ Preis u. L D A an die Exp. (2273

Ein gut. Sitz- u. Liegewagen
zu verkaufen. (2272
An der Mauer 102, II.

Kinderwagen, Sportwagen, Hängelampe zu verkaufen.
2277) Bülowstr. 5, III.

Zu kaufen gesucht (2266
Hausstandsstampen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu höchsten Tagespreis.
Karl Kleinfeld, Waisenhofstr. 25.
Telephon 2430.

Verl. 4 Brotkartenblocks Nr. 672, 1 Militärkarte, 4 Zusatzkarten, e. Rechnung für Schröder, Lubecawerke, von der Genossenschafts-Bäckerei b. Güterbahnhof. Abzug. gegen Belohnung P. Schröder, Lubecawerke, Glashüttenweg 17.

Eupolin
genehmigt vom Kriegs-Ausschuß unter Nr. 2592
reinigt gut und schont die Wäsche.
Steintöpfe gef. mitbringen.
Pfund 50 ₰. (2271
Allein-Groß-Vkf. **Lübeck.** Ferd. Kayser.

Freibank. Ausgabe v. Freibankfleisch am Dienstag, d. 14. Mai, vorm. 9 Uhr, für d. Nr. 401—550. Der Verkauf findet in der Fleischverkaufshalle auf dem Schlachthofe statt. (2274

Zeitschriften aller Art.
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.

Uhren-Reparaturen.
Billige Preise. (2267
Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.
Hermann Voß,
Uhrmacher,
Breite Strasse 54 und Häxstr. 71.

Hansa-Theater.
Heute abend 8 Uhr:
Operetten-Gastspiel.
Ein Walzertraum. 2270

Nr. 110
25. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Montag,
den 13. Mai 1918

Eine Unterredung in der russischen Botschaft.

Ein führendes Mitglied der großrussischen Vertretung zu Berlin äußerte sich dem Vertreter des wirtschaftlichen Nachrichtendienstes des Deutschen Ueberseedienstes über die augenblickliche Lage in Rußland in folgenden Ausführungen, die in wirtschaftlicher Beziehung neues und wertvolles Material enthalten:

Die Oeffentlichkeit in Deutschland erfährt heute nicht viel über die Lage der Dinge in Rußland, was ihr durch gelegentliche Telegramme und sonstige Zeitungsnachrichten bekannt wird, stammt zumeist aus dem Lager der Opposition, und ist, abgesehen von oftmals bewußter Entstellung oder Uebertreibung, an und für sich wenig geeignet, zutreffende Vorstellungen über die tatsächliche Sachlage in Rußland zu vermitteln. Ganz besonders ist die **Unterbrechung der postalischen Verbindungen** zwischen Rußland und Deutschland zu bedauern. Die bolschewistische Regierung hat ihrer Wiederherstellung bisher leider nicht die erforderliche Sorgfalt widmen können, da sie mit anderen Dingen im eigenen Hause alle Hände voll zu tun hatte, jedoch hofft sie, daß wenigstens der **öffentliche Nachrichtenverkehr** bald wieder normalen Verlauf nehmen wird. Insbesondere glaubt sie auch ihre Lage nunmehr so weit gefestigt zu haben, daß die **Presse** in ihrer Erscheinungsfreiheit **nicht mehr behindert** zu werden braucht. Etwa vom Mai an werden daher die meisten russischen Zeitungen wieder regelmäßig zur Ausgabe gelangen und ins Ausland befördert werden können.

Seit dem Januar beginnen die ehemaligen **Beamten und Angestellten wieder zu ihrer Tätigkeit zurückzukehren.** In einzelnen Zentralbehörden, wie z. B. im Finanzministerium (Finanzkommissariat) sind etwa schon zwei Drittel des ehemaligen Personals wieder eingestellt.

Es ist ein Irrtum, wenn angenommen wird, daß alle **ehemaligen russischen Gesetze** aufgehoben worden sind. Sie sind vielmehr nach wie vor **in Kraft und Geltung,** soweit sie mit den Grundsätzen der jetzigen demokratischen Republik nicht im strikten Widerspruch stehen.

Ueberaus schwierig ist natürlich die **Finanzlage** Rußlands. Hoffnungslos ist sie dagegen nicht. An den finanziellen Nöten der Ukraine gemessen, kann man sie sogar aussichtsvoll nennen, weil wir immer über **Goldbestände** verfügen und diese durch intensiveren Abbau unserer uralischen und sibirischen Goldvorkommen weiter vermehren können. Wir besitzen genug an Getreide produzierenden Gebieten und haben schon allein in unseren reichen Waldbeständen und in den Ueberschüssen des Flachsbaues Exportmöglichkeiten, die in Zukunft die Solidität der großrussischen Außenhandelsbilanz beträchtlich unterstützen könnten.

Was die **Nichtigkeitserklärung der russischen Anleihen** anlangt, so war sie einfach durch das Gebot einer offenen und ehrlichen Politik vorgeschrieben, da hierdurch eine bereits seit längerer Zeit bestehende faktische Zahlungsunfähigkeit (die allerdings nur eine partielle ist) freimütig bekannt und ausgesprochen wurde. Zurzeit besitzt Rußland **keine Außeneinkünfte,** da der Außenhandel so gut wie zum Stillstand gekommen ist. Dagegen wird unzutreffend angenommen, daß auch die **inneren Einnahmequellen** des Landes gänzlich versiegt sind. Freilich sind die Eingänge aus direkten Steuern zunächst noch unerheblich, doch weisen sie in letzter Zeit eine Besserung auf. Der Bauer auf dem Lande will allerdings von der Einkommensteuer nichts wissen, die noch von der provisorischen Regierung eingeführt wurde, ihm ist daher nur mit indirekten Steuern beizukommen. Die Eingänge aus diesen sind aber nicht unbeträchtlich, deshalb muß das System der **indirekten Besteuerung** zunächst beibehalten und eventuell noch weiter ausgebaut werden, sei es durch eine Art von **Monopolisierung gewisser Handels- oder auch ganzer Erwerbszweige,** sei es durch anderweitige Maßnahmen. Soeben ist aus Moskau die Nachricht eingetroffen, daß ein Dekret der Regierung die bereits seit längerer Zeit geplante Monopolisierung des gesamten Außenhandels nunmehr endgültig verordnet hat.

Grundsätzlich steht die bolschewistische Regierung auf dem Boden des **Alkoholverbots.** Jedoch können immerhin Umstände eintreten, die zu einer begrenzten Rückkehr zum Alkoholmangel führen. Hierdurch ließen sich unter den augenblicklichen Verhältnissen nicht nur sehr bedeutende Einkünfte erzielen, sondern ein solches Monopol würde auch für die Volkswirtschaft erhebliche Ersparnisse an Körnerfrüchten bedeuten, von denen jetzt größere Mengen in irrationeller Weise beim geheimen Branntweinbrennen verbraucht werden.

Die **allgemeine wirtschaftliche Lage** Rußlands ist naturgemäß äußerst schwierig. Wenn aber von einem allgemeinen Zusammenbruch der Produktionskräfte gesprochen wird, so ist das unzutreffend. Die sogenannte Sozialisierung oder Nationalisierung von Privatbetrieben hat nur dort stattgefunden, wo es das Staatsinteresse gebot, und meist auch nur dann, wenn sämtliche Versuche, mit der Leitung des Unternehmens zusammenzuarbeiten, auf völlige Ablehnung stießen. In einer großen Anzahl von Fällen ist eine Einigung erzielt worden und es ist daher unrichtig zu sagen, daß alle Werke still stehen. **Viele Betriebe arbeiten auch noch heute,** die meisten allerdings in beschränktem Umfange. Die **Arbeitsdirektorien sind nicht so bösartig,** wie sie geschildert werden. Direkte Einmischungen in den Geschäftsbetrieb kommen in letzter Zeit immer weniger vor. Bei der Schließung von Fabriken muß ferner im Auge behalten werden, daß oft nicht so sehr die Sozialisierung des Betriebes, als vielmehr andere Ursachen, wie Mangel an Rohstoffen und hauptsächlich die Schwierigkeiten der Zufuhr, die Stillegung ihrer Betriebe verursacht haben. Die Sozialisierungsmaßnahmen werden außerdem nicht ausnahmslos auf alle Industriezweige angewandt, sondern berücksichtigen jeweils die obwaltenden Verhältnisse und vermeiden nach Möglichkeit die Lahmlegungen vorhandener Kräfte. So ist z. B. von einer Sozialisierung der **naphthaindustriellen Betriebe** überhaupt Abstand genommen worden. Außerdem ist die Naphthaindustrie in Großrußland auf dem Wege, eine der wichtigsten Industrien zu werden. Man beabsichtigt, bei dem bestehenden Kohlenmangel, künftighin der **Rohölfeuerung** vorzugsweise Beachtung zu schenken, so daß in verstärktem Maße darauf Bedacht genommen werden muß, die Produktivität der Naphthaindustrie auf dem bestehenden Niveau zu erhalten.

Für den **Warenaustausch mit Deutschland** kommen in Großrußland zunächst mannigfache Vorräte an allerhand Waren in Betracht, die sich an verschiedenen Stapelplätzen angesammelt haben. Größere Mengen an **Rohmetallen, Rohstoffen,** auch **Textil- und Kolonialwaren** liegen z. B. in Archangelsk, Murman und anderen Plätzen. Auch die Umschlaghäfen der Binnenschiffahrtslinien sind vielfach mit Waren vollgepfropft. Außer manchen anderen Gebieten könnte in erster Linie Westsibirien größere Ueberschüsse an Lebensmitteln abgeben. Leider sind die **Transportverhältnisse** — und das ist jetzt der allergrößte Uebelstand in Rußland — in einem derartig **zerrütteten Zustande,** daß ein Abtransport der Güter nach Deutschland mit russischen Eisenbahnwagen schwer zu ermöglichen sein dürfte. Es gebricht dort vor allen Dingen an brauchbaren **Güterwagen.** Es müßten daher deutscherseits Versuche gemacht werden, Mittel und Wege zu finden, um die erforderliche Wagenmenge **für russische Spurweite** disponibel zu machen, **dann würde sich aus Großrußland mit Unterstützung der bolschewistischen Regierung viel herausholen lassen.** Eine Obstruktion, wie sie vielfach jetzt in der Ukraine von kleinrussischen Bauern ausgeübt wird, ist in Großrußland nicht zu befürchten.

Wenn in deutschen Zeitungen viel von **Nahrungsmittelmangel** in Rußland zu lesen ist, so gilt dies nur unter gewissen Einschränkungen. Die Großstädte leiden allerdings Mangel an verschiedenen Lebensmitteln, die Provinzstädte dagegen weniger und die kleinen Städte und das flache Land, mit Ausnahme der Mißwachsgebiete, überhaupt nicht, stellenweise herrscht sogar Ueberfluß. Demnach sind die Lebensmittelpreise, je nach Gebiet, gänzlich verschieden.

Die **russischen Privatbanken** haben als solche zu bestehen aufgehört und sind heute Zweigstellen der russischen Staatsbank, die jetzt Nationalbank oder Bank der russischen Volksrepublik heißt. Die Aktien der früheren Privatbanken sind Staatseigentum geworden. Bezüglich der Auseinandersetzung mit den früheren Aktionären sind noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt. Ein gangbarer Weg wird aber wohl gefunden werden. Unzutreffend ist die Nachricht deutscher Zeitungen, daß den russischen Privatbanken gestattet sei, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen. Es besteht nicht die Absicht, sie wieder erstehen zu lassen. Dagegen sind die auf genossenschaftlicher Grundlage in Rußland tätigen Banken, wie z. B. die Moskauer Volksbank, nicht geschlossen worden, sondern arbeiten in bisheriger Weise weiter.

Die **Ausfuhrmöglichkeiten aus der Ukraine** werden von den maßgebenden Stellen in Moskau skeptisch beurteilt. In Großrußland sind die Aussichten günstiger. Der großrussische Bauer ist im Grund gutmütig und leicht zu leiten. Außerdem ist sein Verhältnis zur Moskauer Regierung vollkommen geklärt, er steht treu zu ihr. Indessen — und dies könne nicht stark genug unterstrichen werden — müßten **deutscherseits alle Anstrengungen** darauf gerichtet werden, die **für russische Spurenweite erforderliche Zahl von Eisenbahnwagen** für den Abtransport der russischen Ware nach Deutschland **verfügbar** zu machen, da sonst, ungeachtet aller russischerseits übernommenen Lieferungspflichten, diese selbst nur auf dem Papier stehen würden. Die Lösung dieser Aufgabe erscheint um so dringender, als von anderer Seite auf dasselbe Ziel gerichtete Bestrebungen vielleicht deutschen Bemühungen zuvorkommen könnten.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag

begann Sonnabend die zweite Beratung des Marineetats. Bei dieser Gelegenheit versuchte der konservative Abgeordnete Kapp vergeblich, eine hochpolitische Debatte über die Ubootfrage zu entfesseln, indem er die Uboote als die unüberwindliche Waffe pries, die uns den Sieg verschaffen und Englands Weltmachtstellung vernichten wird. Unser Genosse Giebel, der die Reihe der Redner eröffnete, hatte diese Frage, nachdem im Ausschuß eine ausgiebige Aussprache stattgefunden, ausdrücklich ausgeschieden und sich darauf beschränkt, die Verhältnisse der Angestellten bei der Marineverwaltung, besonders die der Bureauangestellten der besonderen Aufmerksamkeit des Staatssekretärs zu empfehlen. Der Staatssekretär versprach auch, alle Beschwerden mit möglichstem Wohlwollen zu prüfen, doch könnten die Angelegenheiten der Angestellten des Reichsmarineamts nicht selbständig von seinem Amt geregelt werden, sondern dies könne nur im Einvernehmen mit der Finanzverwaltung des Reichs und auch Preußens geschehen.

Auch die übrigen Redner vermieden, auf die Ubootfrage einzugehen. Auch der nationalliberale Abgeordnete Stresemann, der nach Herrn Kapp zu Worte kam, verwies auf die Aussprache im Ausschuß, glaubte aber doch feststellen zu sollen, daß der ganze Reichstag darin einig sei, daß, nachdem der uneingeschränkte Ubootkrieg einmal begonnen sei, er nun auch durchgeführt werden müsse und daß Deutschland sich im Frieden diese Waffe nicht etwa durch ein internationales Abkommen aus der Hand schlagen lassen dürfe, eine Behauptung, der der Unabhängige Sozialdemokrat Bogtherr für seine Partei ausdrücklich als prinzipieller Gegner der Anwendung der Ubootwaffe widersprach. Im übrigen wurden von den Rednern die Verhältnisse verschiedener Gruppen von Angestellten und Beamten erörtert. Am Montag geht die Aussprache weiter.

*

Sonnabend, 11. Mai, 1918
163. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.
Am Bundesratstische: v. Capelle.
Auf der Tagesordnung steht der

Marineetat.

Die Kommission beantragt, den Reichskanzler zu ersuchen, in den Betrieben der Kaiserlichen Marine Beamtenausschüsse einzurichten.

Diethelm von Buchenberg.

Eine Schwarzwälder Dorfgeschichte von Berthold Auerbach.

22. Fortsetzung.

Sechzehntes Kapitel.

Lautlos und regungslos, weiß überschneit, stand die Menschenmasse am Berge versammelt, und wie sie vom roten Glutschein übergossen war, erschien sie wie von einem Zauber festgebannt. Keine Menschenstimme ward hörbar, nur vom Turme dröhnte die Sturm- und Sterbeglocke, die sogenannte alte Kathrin, und aus der Flamme, die breit und still, von keinem Winde bewegt, hoch aufschlug, tönte ein tausendstimmiges Wehklagen, so dumpf und tief und wiederum so gräßlich röchelnd, als hätten die Wommen, und über der Flamme glitzerte der fallende Schnee und verdampfte in seltsame Luftgebilde.

„Zu Hilfe! Rettet! Rettet!" schrie Diethelm vom Schlitten springend, „was steht ihr so müßig da? Rettet!"

Wie aus dem Zauberbann erlöst, wendeten sich alle plötzlich nach ihm und umringten ihn.

„Es ist nichts zu helfen," sagte der Schmied, „dein Haus ist an allen vier Ecken angegangen, eh' man's gewußt hat, und kein Mensch als dein Medard hat die Kloben aus der Spritze da 'rausgenommen. Wir können nichts machen."

„Wo ist der Medard?" fragte Diethelm.

„Das weiß kein Mensch, er hat sich heut vor niemand sehen lassen, der hat gewiß angezündet und ist vielleicht im Haus verbrannt; die, wo zuerst 'kommen sind, sagen, sie hätten ihn schreien gehört."

„Rettet! Rettet! schrie Diethelm und eilte nach dem Hause, aber von dorther kam eine Rachegestalt mit weißen Locken und zerfetzten Kleidern und warf sich auf Diethelm und wollte ihn erdrosseln.

Mordbrenner! Mordbrenner!" kreischte der alte Schäferle mit schäumendem Munde, „wo hast du mein Kind? Wo? Gib mir mein Kind. Mordbrenner! Mein Kind! Mein gutes, braves Kind!"

Mit Gewa[illegible]de der alte Mann von Diethelm losgerissen, er hatte mehr [illegible]gendliche Manneskraft und hielt Diethelm wie mit eiserne[illegible]den umklammert, und Diethelm ächzte laut auf, denn der Schäferle hatte ihn gerade an der Armwunde gefaßt, und als fräßen sich tausend schneidende Spitzen durch Mark und Knochen ein, so schmerzte bei der Berührung der Vaterhand der vom Sohne eingepreßte Biß. Das Blut rann Diethelm von der Hand herab, als er losgemacht war, er taumelte halb besinnungslos umher, aber der Vetter stand ihm getreulich bei. Jetzt hörte man deutlich, woher das Wehklagen kam: die Schafe im Stall, dessen Eingangswand bereits in Flammen stand, blökten so schmerzvoll klagend, daß es das Herz im Leibe erschütterte, es war nicht anzuhören. Diethelm brachte es mit dem Vetter und dem Schmiede dahin, daß sie eine Feuerwand einbrachen, um durch die Oeffnung die Schafe zu retten, und soviel auch die Umstehenden abwehrten, Diethelm konnte es nicht ertragen, daß auf einmal so viel Leben, und sei es auch nur das der Tiere, draufging. Er drang selber durch die eingerissene Wand ein: wie in einen Knollen zusammengepreßt, standen die Tiere, und von denen, die der Flamme nahe waren, sprang bald eines, bald das andere wie aufgeschnellt mitten in die Flamme hinein, tat noch einen jämmerlichen Schrei, und die unversehrten blökten vor sich nieder. Mit Gewalt drängte sich Diethelm in die Mitte der Tiere und suchte sie hinauszutreiben, aber sie preßten sich immer wieder zusammen, und plötzlich fiel er nieder, und die Tiere standen auf ihm und um ihn, und mit halb erstickten Schrei konnte er nur noch um Hilfe rufen. Es gelang dem Vetter, ihn zu retten, und bewußtlos, aus unsichtbaren Wunden blutend, wurde Diethelm nach dem Dorfe in das Waldhorn getragen, während gerade das Haus zusammenkrachte und der Dachstuhl in die Umfassungsmauern stürzte. Ein unerträglicher Geruch benahm allen Menschen fast den Atem, so daß keiner ein Wort sprach. Nur der alte Schäferle rief dem Davongetragenen nach: „Mordbrenner! Du darfst nicht sterben. Du mußt noch am Galgen verfaulen."

Er wurde erst ruhiger, als eben Frau Martha kam . . .

Es war Tag, als Diethelm erwachte, und vor ihm stand seine Frau und hob die gefalteten Hände zum Himmel, als er die Augen aufschlug.

„Du da? fragte Diethelm, „ist sie tot?"

„Ach Gott, ja, und sie hat noch im Sterben das Unglück gesehen."

„Wer hat mir meinen Arm verbunden? Bist du schon lange da? Hab' ich im Schlaf was geredet?" fragte Diethelm wieder in fast zornigem Tone.

„Der Doktor ist mit mir herüber vom Kohlenhof, und der hat dir deinen Arm verbunden. Du bist von einem Schaf gebissen, ich bin grad 'kommen, wie sie dich fortgetragen haben. Du hast nicht im Schlaf geredet, als ein paarmal Medard gerufen."

„Weiß man nichts von Medard?"

„Ach, lieber Gott, nein, der ist gewiß verbrannt."

Diethelm schloß noch einmal die Augen und schärfte still die Lippen, dann begehrte er aufzustehen, er sei wohl und müsse nach dem Schutthaufen sehen. Die Frau suchte ihm einzureden, daß er noch krank sei, und als er dies streng abwehrte, erklärte sie ihm, daß er dann vielleicht verhaftet und nach der Stadt abgeführt würde.

„Ist mir recht," sagte Diethelm trotzig, „dann nimmt die Geschichte bald ein Ende. Sie können mir nichts tun. Wer klagt mich an?"

„Der alt' Schäferle."

„Da hilft kein Sympathie."

„Wie ich hör'," sagte die Frau zögernd, „will auch die Brandversicherung dich anklagen."

„Ho ho!" lachte Diethelm, „denen will ich's schon zeigen, die müssen mir blechen. Ich steh' auf, ich bin hechtgesund."

Trotz aller Widerrede vollführte Diethelm seinen Ausspruch und zankte mit seiner Frau, daß sie so eine herzbrechende Miene mache. Erst als sie mit halbunterdrücktem Weinen sagte, sie habe ja auch gestern ihr Kind verloren, erwiderte er: „Ja, ja, das ist wahr. Zum Teufel, daß ich das auch immer vergeß. Ich will gleich einen Boten an die Fränz schicken, sie muß heimkommen."

Martha stand am Fenster und weinte in den schneeigen Tag hinaus. Erst als Diethelm leise vor sich hinpfiff, wendete sie sich um und sagte: „Um Gottes willen, Diethelm, was machst? Wie kannst du nur auch so fein? Was müssen die Menschen von dir denken, wenn du nach so einem Fall jetzt gar noch lustig tust?"

„Hast recht, hast recht, red' weiter nichts, hast recht," sagte Diethelm hastig. Er erkannte schnell, daß seine Frau ihn auf das Entsprechende hinwies; allzuviel Gleichmut war wiederum verdächtig.

Eine gewaltige Veränderung war in Diethelm vorgegangen. Nun die Tat geschehen war mit all ihrem Schrecken, galt es, mit gefestetem Mute ihr standzuhalten. Er verbannte alle Weichherzigkeit, und als er vor dem kleinen Spiegel stand und sein flockseidenes Halstuch umtat, hielt er die Zipfel desselben eine Weile ruhig in der Hand und betrachtete die stolzsichere Miene, die er allen Vorkommnissen gegenüber bewahren wollte.

In der Wirtsstube, wo der junge Amtsverweser mit seinem Aktuar und zwei Landjägern und noch viele aus dem Dorf sich befanden, schaute alles verwundert auf, als Diethelm freundlich grüßend und mit dem Ausspruche eines schmerzlichen Bedauerns eintrat. Diethelm wollte dem Amtmann, mit dem er am Markttag an einem Tische gesessen, die Hand reichen, aber der Amtmann wußte gewandt seine Hände mit einem großen vor ihm liegenden Bogen zu beschäftigen, und Diethelm zuckte mit den Achseln, als er die dargebotene Hand leer wieder zurückziehen mußte.

„Ihr seid gekommen," nahm Diethelm das Wort, „um mein Unglück in gerichtlichen Augenschein zu nehmen. Helfet nur auch untersuchen, wie das Feuer ausgekommen. Es ist leider nichts gerettet."

Der Amtmann erklärte, daß alles das späteren Verhandlungen vorbehalten bleibe; er schickte einen Landjäger nach dem alten Schäferle und ersuchte die Anwesenden, außer dem Schultheißen, das Zimmer zu verlassen.

Fortsetzung folgt.

Staatssekretär v. Capelle: Wir haben mit dem unbeschränkten U-Boot-Krieg eine sehr starke See-Offensive gegen die Entente begonnen. Natürlich geht eine so starke Offensive nicht ohne Verluste ab. Aber die Zahl der U-Boote hat sich trotzdem vermehrt. Das gibt uns die sichere Gewähr des Erfolges. Die Versenkungen übertreffen die Neubauten um ein Mehrfaches. Das geben selbst Erklärungen der englischen Minister zu; es wird auch in einem Aufruf an die englischen Werftarbeiter zugegeben, worin sie zu angestrengtester Tätigkeit aufgerufen werden, „damit die Hunnen uns nicht zum Verhungern zwingen". Viel Erfolg scheint der Aufruf nicht gehabt zu haben. Zu den Versenkungen kommt der Verlust von Schiffsraum durch die Abgänge infolge von Unfällen und natürlichem Verschleiß, und dieser Abgang ist dreimal so groß wie im Frieden. Der englische Premierminister sagte im Unterhaus: „Wenn der Landkrieg verloren gehen sollte, ist der Seekrieg noch lange nicht verloren." Sollte das englische Volk sich diese Drohung zu eigen machen, so werden unsere U-Boote weiter ihre Pflicht tun. Es ist Vorsorge getroffen, daß noch auf Jahre hinaus keinerlei Lücke in der Ablieferung neuer U-Boote entstehen kann. Wir dürfen daher mit Vertrauen und Zuversicht auf unsere U-Boote sehen: sie werden im Verein mit unserem siegreichen Heere ihr Ziel erreichen. (Lebh. Beifall.) Noch etwas anderes. Nach englischen Berichten ist der englische Verstoß gegen Ostende von Erfolg gekrönt gewesen. Demgegenüber stelle ich fest, daß das englische Sperrschiff außerhalb des Fahrwassers gesunken ist, daß mithin der Angriff ebenso wie der erste als mißlungen zu bezeichnen ist. (Lebh. Beifall.)

Abg. Giebel (Soz.): Auf die Streitfrage des unbeschränkten U-Boot-Krieges gehe ich nach der Aussprache im Ausschuß nicht ein. Die nicht etatsmäßig angestellten Beamten sollten in irgend einer Weise in den Genuß des Wohnungsgeldes kommen. Unter den Angestellten in den besetzten Gebieten besteht eine weitgehende Mißstimmung, trotz der besonderen Gefahren und der wirtschaftlichen Nachteile bei der Tätigkeit im besetzten Gebiet erhalten die Bureauangestellten nur 6 Mk. täglich. Davon können sie nicht leben und ihre Familie in der Heimat nicht unterstützen. Die Erwägungen über die Besserstellung dieser Angestellten sollten endlich zum Abschluß kommen. Man sollte diesen Angestellten nicht immer nur mit Worten, sondern auch mit Taten danken. Den Angestellten-Ausschuß in Flandern hat man aufgehoben, angeblich wegen zu scharfen Tones in der Eingabe. Daß die Mißstimmung sich schließlich in scharfen Worten Luft macht, ist doch verständlich. Um die Spannung zwischen der Angestelltenschaft und der Verwaltung zu beseitigen, sollte man möglichst bald die Erwägungen über die Besserstellung der Angestellten zum Abschluß bringen. Die Verpflegungsgelder sollten sofort aufgebessert werden. Wenn man tüchtige Beamte ins besetzte Gebiet schickt, so hoffentlich nicht solche, wie den Admiralitätsrat Frerichs, der verlangt, daß die Einheimischen vom Bürgersteig heruntergehen, wenn er daher kommt, der die Verkaufsstände der Straßenhändler selbst mit dem Fuß vom Bürgersteig auf die Straße stößt und ähnliches. Wenn das die tüchtigen Beamten sind, kann man sich über Mißstimmung nicht wundern. Auch die Beamten nennen diesen Herrn nur den Herzog von Alba. Und diesen Herrn hat man als eine ganz besondere Kraft in das Reichsmarineamt berufen. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch bei den Betrieben in der Heimat funktioniert der Apparat des Reichsmarineamts bei Angelegenheiten der Arbeiter und Angestellten sehr langsam. Die Angestellten stehen in bezug auf Familienzulagen schlechter als die Beamten. Daß ihnen auf die Kriegsteuerungszulagen die für Mehrleistungen ihnen zustehenden prozentualen Beunschläge angerechnet werden, ist daher ein bitteres Unrecht, das auch das Reichsgericht in seiner Entscheidung vom 15. Juni 1917 als Unrecht anerkannt hat. Wir ersuchen in einer Resolution den Reichskanzler, er möge veranlassen, daß dies in den Marinebetrieben nicht weiter geschieht. Wir haben endlich auch die Denkschrift über das Hilfspersonal der Werften erhalten. Aber einen wirklichen Einblick in die Verhältnisse gibt sie nicht. Ueber die zusätzliche Arbeitsleistung wird sehr wenig gesagt und die dürftigen Angaben über die Tätigkeitsgebiete sind nicht einmal zutreffend. Aber soviel geht aus ihr hervor, daß bei sehr vielen Angestellten von einer angemessenen Bezahlung gar nicht gesprochen werden kann. In dem Dienstvertrag der Angestellten ist immer nur von Pflichten die Rede. Rechte gibt es anscheinend nicht, nicht einmal der Urlaub ist geregelt. Dieser Dienstvertrag läßt jeden sozialen Geist vermissen. Zum Schluß möchte ich noch die Aufmerksamkeit auf die Invaliden lenken. Ihre allgemeine Invalidenunterstützung reicht nicht aus, und die Unterstützungssätze, die man nun je nach der Dauer der Beschäftigung noch dazu gibt, mögen für die Friedensverhältnisse eine Bedeutung gehabt haben, unter den heutigen Verhältnissen sind sie gänzlich unzulänglich. (Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär v. Capelle: Die harten Anklagen gegen den Admiralitätsrat Frerichs kann ich nicht nachprüfen; sollte das Betragen des Herrn im besetzten Gebiet das zulässige Maß überschritten haben, so würde ich keinen Anstand nehmen, es zu mißbilligen. Mit seiner Berufung in das Reichsmarineamt hat das nichts zu tun; ich habe diese veranlaßt, weil ich ihn aus früheren Zusammenarbeiten als außerordentlich tüchtigen Verwaltungsbeamten kennen gelernt habe. Zu den Klagen über unzureichende Besoldung bemerke ich: daß heute draußen und daheim sehr schwierige Notstandsverhältnisse herrschen, wird überall anerkannt werden müssen. Ich tue mein möglichstes, um die Notstandsverhältnisse zu mildern. Aber ich kann nicht eine Kategorie herausgreifen. Auch ist das Reichsmarineamt nicht berechtigt, derartige Klagen allein abzustellen, das geht nur im Zusammenhang mit der Reichsteuerungsbehörde und dem preußischen Finanzministerium. Auch der Resolution bezüglich der Nichtanrechnung der prozentualen Bauschsätze auf Kriegsteuerungszulagen würde ich gern Folge geben; aber bei Beginn des Krieges bezogen die Beamten und Angestellten Kriegszulagen und als später Teuerungszulagen eingeführt wurden, verlangte die Reichsfinanzverwaltung, daß bei Bewilligung der gleichen Teuerungszulagen die Kriegszulagen gekürzt werden, und das Heer und die Marine wurde im Interesse der gleichmäßigen Behandlung von Zivil- und Militärbeamten diese Forderung auch als billig und gerecht anerkennen. Es können daher die Angestellten allein nicht davon ausgeschlossen werden.

Admiralitätsrat Harms: Die Angestellten und Beamten in der Heimat und in den besetzten Gebieten wurden gleichmäßig behandelt. Die Familienzulagen werden ab 1. April bezahlt. Die Verpflegungszulagen in Belgien sind für die Angestellten schon heute höher wie für die Beamten. Trotzdem wird nachgeprüft, ob noch eine weitere Steigerung nötig ist. Die Gehälter der Bureauangestellten sind im Laufe des Krieges mehrfach verbessert worden. Daß noch Wünsche bleiben, ist selbstverständlich, und es wird den Beteiligten entgegen werden, wenn es möglich ist. Ueber die einzelnen Anträge ist mit der Reichsfinanzverwaltung ein Abkommen getroffen, daß sie den Angestellten in der gleichen Weise wie den Beamten zugute in der Heimat wie draußen zugeben werden. Bezüglich der Werftinvaliden ist den Werften die Anweisung erteilt, in Notfällen helfend einzugreifen.

Abg. Weinhausen (Kons.) dankt der Marine für ihre unvergeßlichen Leistungen, deren Erfolge am Lebensnerv Englands zehren. Dringend notwendig ist eine Vereinfachung des außerordentlich komplizierten Beamtenapparates bei der Marine. In den Wohlfahrtsausschüssen müßten die Angestellten Sitz und Stimme. Die Anerkennung des Unterbeamten sollte vorsichtiger erfolgen. Heute fehlt den Unterbeamten vielfach das nötige Verständnis für die Arbeiterschaft.

Staatssekretär v. Capelle wiederholt auf Wunsch des Vorredners seine Erklärung aus der Kommission, wonach es nicht zulässig ist, daß sich Staatsanwälte und Staatsbehörden an Abmachungen deutscher Arbeitgeber beteiligen, die von einem Arbeitgeber entlassenen Arbeiter nicht anzustellen.

Abg. Schirmer (Zentr.) bezweifelt die Erklärung des Staatssekretärs. Ein Rundschreiben ist, daß die Marineverwaltung jetzt auch mit den Organisationen der Arbeiter verhandelt.

Abg. Kunz (Kons.) bittet für Wiederbewilligung einiger der der Kommission gestrichenen Zulagenanträge. Angesichts der großen Erfolge unserer U-Boote dürfen wir uns beim Friedensschluß nicht ohne Zweifel einlassen, die Verwendung der U-Boote durch einengende völkerrechtliche Bestimmungen zu vereinbaren. Wir brauchen diese Waffe zur Aufrechterhaltung deutscher Seegeltung. (Bravo! rechts.) Die Vernichtung der englischen Flagge ist das Hauptziel unseres U-Boot-Krieges. Im fernen Osten ist England schon durch Japan verdrängt. Die Decke der Welttonnage wird immer kürzer, so daß größere Truppentransporte aus Amerika z. B. nur unter Schädigung wichtiger wirtschaftlicher Interessen möglich sind. Wir können der weiteren Entwicklung mit Ruhe entgegensehen.

Abg. Stresemann (Natl.): Die Rede des Vorredners könnte zu hochpolitischen Debatten reizen. Ich will dem nicht nachgeben. Die Hauptsache scheint mir, daß der ganze Reichstag einig ist in der Durchführung des U-Boot-Krieges, nachdem er nun einmal beschlossen ist. Auch darüber dürfte Einigkeit herrschen, daß wir uns beim Frieden die U-Boot-Waffe nicht aus der Hand schlagen lassen dürfen. (Bravo!) Der Redner tritt weiter für Bewilligung der Intendanturräte ein und trägt Einzelwünsche von Wilhelmshaven vor, insbesondere auf Schaffung von Heimstätten für die dortigen Werftangestellten und Arbeiter.

Staatssekretär v. Capelle: Die Möglichkeit der Schaffung solider Heimstätten in Wilhelmshaven wird geprüft, allerdings steht dort wenig Raum zur Verfügung.

Abg. Vogtherr (U. S.): Der Erklärung über den rücksichtslosen U-Boot-Krieg schließen wir uns selbstverständlich nicht an. Noch heute nach 15monatiger Dauer ist nicht abzusehen, daß der U-Boot-Krieg uns dem Frieden näher gebracht hat. Inzwischen fahren wir fort, die Tonnage zu vernichten, die wir nach dem Kriege zur Heranschaffung der notwendigen Rohstoffe notwendig brauchen. Das Verbot des Lesens unabhängiger Blätter an die Marinetruppen bedeutet eine Entwürdigung dieser Truppen. — In der Angelegenheit des öffentlichen Vorgehens gegen Dittmann, Haase und mich hier im Reichstag sind die Herren v. Capelle und Michaelis nicht in der Lage gewesen, die Konsequenzen aus ihren großen Worten zu ziehen. Das Verfahren gegen unsere Genossin Luise Zietz hat nach sieben Monate langen Vernehmungen einer Anzahl von Marinemannschaften eingestellt werden müssen. Trotz des völligen Bankerotts dieses Vorgehens schämt man sich auch heute noch nicht, Soldaten, die zur Unabhängigen Sozialdemokratie gehören, auch während des Krieges rechtlos zu machen.

Abg. Werner-Hersfeld (Deutsch. Frakt.) fordert Berücksichtigung des Handwerks bei Vergebung von Marinelieferungen und bringt einzelne Beamtenwünsche vor.

Abg. Hubrich (Volksp.) und Abg. v. Gräfe (Kons.) erörtern die Verhältnisse der Deckoffiziere.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag 2 Uhr. (Außerdem Reichsschatzamt.)

Schluß 7 Uhr.

Die Umsatzsteuer in der Kommission.

Zum § 1, aus dem die Leistungen gestrichen worden sind, beantragt Abg. Dr. Junck folgende neue Fassung:

„Der Umsatzsteuer unterliegen die im Inland gegen Entgelt ausgeführten Lieferungen und sonstigen Leistungen solcher Personen, die eine selbständige gewerbliche Tätigkeit, mit Einschluß der Urerzeugung und des Handels ausüben."

Damit kämen die Leistungen zum Teil wieder in das Gesetz hinein. Der Ausschuß beschloß, zunächst einmal in eine allgemeine Debatte über die prinzipiellen Fragen einzutreten und dann die Beratung der Anträge einer Unterkommission zu überweisen. — Abg. Junck begründet seinen Antrag damit, daß auch der Veredlungsverkehr von der Steuerpflicht erfaßt werden müßte. Die Beschränkung auf gewerbliche Betriebe, lasse die geistigen Berufe, wie Schriftsteller, Rechtsanwälte usw. frei. — Abg. Erzberger ist dafür, die Leistungen ohne jede Einschränkung im Gesetz zu belassen. — Abg. Bernstein wendet sich gegen den Antrag, der nur Unklarheiten zeitigen könne. Er beantragt, von der Steuer alle Leistungen auszunehmen, die den Charakter eines Arbeitsverhältnisses tragen. — Unterstaatssekretär Schiffer wünscht, bei den Leistungen keinen Unterschied eintreten zu lassen. Allenfalls würde die Regierung damit einverstanden sein, daß die freien Berufe von der Umsatzsteuer nicht erfaßt werden. Dagegen sei es nicht gerechtfertigt, die Unselbständigen frei zu lassen. Die Beamten müßten bei der Einkommensteuer erfaßt werden. — Abg. Westarp erklärt sich gegen die Heranziehung der Beamten. Dem Handelsgewerbe z. B. könne ruhig eine Steuer auf die Leistungen auferlegt werden. — Abg. Gothein kündigt einen Antrag an, nach dem im Falle des Zusammentreffens von gewerblicher Tätigkeit und Leistung, der gesamte Ertrag der Steuer unterliegen soll. — Abg. Keil: Unsere Stellungnahme zu dem Gesetz hängt davon ab, wie die einzelnen Bestimmungen gestaltet werden. In der jetzigen Form ist die Vorlage für uns unannehmbar, denn einer steuerlichen Gerechtigkeit trägt sie nicht entfernt Rechnung. Für eine Belastung des Verkehrs mit Lebensmitteln sind wir unter keinen Umständen zu haben. — Unterstaatssekretär Schiffer erklärt, davon könne keine Rede sein, das Arbeitseinkommen, wie die Sozialdemokraten das wollen, in das Gesetz hineinzubringen.

Fortschrittler und Zentrum haben beantragt, daß die Steuer sich um die Hälfte ermäßigen soll, wenn die Ware zur gewerblichen Weiterverarbeitung oder gewerblichen Weiterveräußerung umgesetzt wird. Sie soll sich erhöhen für die Umsätze im Kleinhandel, bei einem Umsatz von 100 000 Mk. um 20 Proz. und steigt bei einem Umsatz von 3 Millionen Mark auf 100 Proz. — Abg. Erzberger stellt dazu fest, daß es sich jetzt um drei Gruppen handelt: Die Besteuerung des Verkehrs mit Lebensmitteln, des Verkehrs mit Luxusartikeln und des Verkehrs mit anderen Waren. Der unbedingte Bedarf darf nicht wesentlich belastet werden, etwas stärker der höhere Bedarf, noch stärker der unnötige Bedarf. Lebensmittel muß man bei einem Satz von 1 Mk. pro Tausend belassen. Die zweite Gruppe soll man mit 5 pro Tausend, den Luxus erheblich höher besteuern. Die Steuer darf aber nicht 20 Proz. erreichen, sondern höchstens 10 Proz., sonst macht man die Industrie kaputt, und die Steuer bringt dann nichts ein. Die Unterscheidung ist nach der Preislage zu treffen. Wer sich ein Boor hält oder Strümpfe für 40 Mk. pro Paar trägt, der soll dafür Steuer bezahlen. — Staatssekretär Graf Roedern hat gegen diese Einteilung Bedenken; einen bestimmten Kreis von Lebensmitteln besonders zu behandeln, erscheine steuerlich ganz unmöglich. Die französische Luxussteuer lasse sich nicht ohne weiteres auf Deutschland übertragen. Die Vorzugsbehandlung von Lebensmitteln würde den Ertrag der Steuer zu sehr beeinträchtigen. — Abg. Keinath befürchtet eine schwere Schädigung der Luxusindustrie und wünscht für die Luxussteuer eine Abstufung. — Abg. Meerfeld (Soz.) tritt dafür ein, daß nicht nur die Lebensmittel, sondern der ganze notwendige Lebensbedarf steuerlich bevorzugt wird. Die Luxussteuer ist teils zu hoch, teils geht sie zu weit. Wir machen unsere Stellungnahme aber auch abhängig von der Gestaltung der Besitzsteuern. — Abg. Waldstein erörtert die Schwierigkeiten, die mit der Luxussteuer verbunden sind. Richtiger wäre es, den Teil des Einkommens steuerlich scharf zu fassen, der über das zur Existenz Erforderliche hinausgeht. Jedenfalls muß das Gesetz zeitlich begrenzt werden. — Abg. Arnold schildert die Wirkungen der Luxussteuer auf die Porzellanindustrie, während der Abg. Wirth (Karl.) die Gefahr auseinandersetzt, die der Goldwarenindustrie droht. Die Arbeiter werden auswandern müssen und werden durch ihre Geschicklichkeit im Ausland mit dazu beitragen, die deutsche Industrie vom Wettbewerb auszuschließen. Jedenfalls aber müßte dann auch eine Steuer auf die unechten Luxusartikel gelegt werden. — Ein Vertreter des Reichsschatzamts bekämpft alle Anträge, die auf eine Abschwächung der Steuer hinauslaufen. — Abg. Bernstein ist Gegner der Vorlage, will aber die endgültige Stellungnahme seiner Fraktion vorbehalten. Mit der geringeren Belastung der Lebensmittel sei er einverstanden. Der Luxus ist ein Kulturträger, seine Besteuerung ist eigentlich nur eine Besteuerung der Industrie. Frankreich kann jedenfalls für uns nicht als steuerliches Vorbild gelten. — Abg. Erzberger hält die Schwierigkeiten nicht für unüberwindlich, die sich nach Ansicht der Regierung der vorzugsweisen Behandlung der Nahrungsmittel entgegenstellen. Die Luxussteuer wird in allen Staaten eingeführt werden, damit fallen dann bereits eine Menge Bedenken weg. — Die Redner der Konservativen und der Deutschen Fraktion sind mit der vorzugsweisen Behandlung der Nahrungsmittel einverstanden. — Abg. Keil: Mit der Aufnahme der Luxussteuer in dieses Gesetz wollte man es der Oeffentlichkeit nur schmackhafter machen. Recht erheblich wird der Ertrag der Luxussteuer nicht sein. Der notwendige Lebensbedarf soll nicht höher als wie seither belastet werden, die Belastung ist an sich schon um so höher, als die Familie größer ist. Die Steuer muß doppelt schwer wirken angesichts der allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung, unter der am meisten die Arbeiter und die kleinen Beamten zu leiden haben. Auf eine Befristung des Gesetzes ist deshalb nicht viel Wert zu legen, denn verschwinden wird die Steuer nicht wieder.

Die Beratungen werden am Sonnabend fortgesetzt.

Für unsere Feldgrauen.

Verpflegung von Militärgefangenen.

Die in den Militärgefängnissen des Operations-, Etappen- und besetzten feindlichen Gebietes untergebrachten Militärgefangenen erhalten künftig die gleiche tägliche Beköstigungsportion wie die Untersuchungsgefangenen, nämlich 500 Gramm Brot, 75 Gramm rohes Fleisch nebst 10 Gramm Fett, oder 50 Gramm Speck, Rauchfleisch oder Fleischkonserven. Ferner 110 Gramm Reis, Graupen, Grütze oder Hülsenfrüchte, oder 60 Gramm Dörrgemüse oder 125 Gramm Gemüsekonserven oder 500 Gramm Kartoffeln. Außerdem 15 Gramm Salz und 10 Gramm Kaffee, davon die Hälfte in Ersatzmitteln.

Aus dem Gerichtssaal.

Schwere Zuchthausstrafen. Der vereinigte 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts beendete, wie der „Vorwärts" berichtet, nach sechstägiger Verhandlung einen Hoch- und Landesverratsprozeß gegen zwölf Personen aus der Dresdener Gegend, welche als Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratie verschiedene Flugschriften verbreitet hatten. Die Angeklagten wurden verurteilt zu **Zuchthausstrafen bis zu acht Jahren und zu** Gefängnisstrafen bis zu 2 Jahren 6 Monaten. Im einzelnen wurden verurteilt: 1. die Kontoristin Wella Henker aus Döhlen, 23 Jahre alt, wegen versuchten Landesverrats in zwei Fällen und Aufforderung zum Ungehorsam gegen ein militärisches Verbot in zwei Fällen zu **2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus**; 2. die Fabrikarbeiterin Margarete Hahn aus Birkigt, 19 Jahre alt, wegen versuchten Landesverrats und 3. die Fabrikarbeiterin Gertrud Grübler aus Zaucherode, 20 Jahre alt, wegen versuchten Landesverrats und Aufforderung zum Ungehorsam gegen ein militärisches Verbot zu je **1 Jahr 3 Monaten Gefängnis**; 4. die Arbeiterin Marie Griesbach aus Dresden, 21 Jahre alt, wegen Aufforderung zum Hochverrat, wegen versuchten Landesverrats und Aufforderung zum Klassenkampf und zum Ungehorsam gegen ein militärisches Verbot in zwei Fällen zu **vier Jahren Zuchthaus** und 5 Jahren Ehrverlust; 5. die Bibliothekarin Margarete verw. Just aus Burgk, 27 Jahre alt, wegen versuchten Landesverrats zu **1 Jahr 3 Monaten Gefängnis**; 6. der Steindruckerlehrling Kurt Schäfer aus Dresden, 17 Jahre alt, wegen Beihilfe zum versuchten Landesverrat zu **8 Monaten Gefängnis**; 7. der Buchhalter Willi Richter aus Dresden, 23 Jahre alt, wegen Beihilfe zum versuchten Landesverrat zu **1 Jahr 3 Monaten Gefängnis**; 8. der Zeichnerlehrling Arno Gruhl aus Dresden-Cotta, 17 Jahre alt, wegen versuchten Landesverrats usw. zu **1 Jahr 1 Monat Gefängnis**; 9. der Buchdrucker Maximilian Hünig aus Dresden, 66 Jahre alt, wegen Beihilfe zum versuchten Landesverrat in zwei Fällen sowie Aufforderung zum Klassenkampf und Ungehorsam gegen ein militärisches Verbot zu **4 Jahren Zuchthaus** und 5 Jahren Ehrverlust; 10. die Maurerehefrau Minna Naumann aus Dresden, 36 Jahre alt, wegen Beihilfe zum versuchten Landesverrats zu **1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus**; 11. der Kaufmann Erich Lewinsohn aus Dresden, 26 Jahre alt, wegen Aufforderung zum Hochverrat, wegen versuchten Landesverrats sowie Aufforderung zum Klassenkampf und Ungehorsam gegen ein militärisches Verbot zu **8 Jahren Zuchthaus** und 10 Jahren Ehrverlust; 12. der Klavierbauerlehrling Max Schotola aus Deuben, 16 Jahre alt, österreichischer Staatsangehöriger, wegen versuchten Landesverrats zu **2 Jahren 6 Monaten Gefängnis**.

Die Angeklagten waren Mitglieder des sozialdemokratischen Jugend-Bildungsvereins für Dresden und Umgegend oder standen zu ihm in Beziehung. Nach Ausbruch des Krieges trat eine Spaltung ein, und es bildete sich später unter den Unabhängigen Sozialdemokraten des Vereins eine besondere Kampforganisation, in deren Hintergrund die Angeklagten Henker und Lewinsohn standen. Von den übrigen Angeklagten waren die meisten in Vorstandsämtern usw. tätig. Der stellvertretende General des 12. Armeekorps hatte verboten, Druckschriften ohne Nennung des Verlegers und Druckers zu verbreiten. Gleichwohl haben die Angeklagten im Sommer 1917 eine Anzahl von Schriften ohne jede Bezeichnung verbreitet. In der Urteilsbegründung wurden als solche Schriften aufgeführt: „Der Stürmer", „Spartacus", „Jugendruf". Das Gericht hat festgestellt, daß in einzelnen dieser Schriften, die zum Teil in großen Mengen verbreitet wurden, die Aufforderung zum gewaltsamen Umsturz des Deutschen Reiches und zur Benachteiligung der Kriegsmacht desselben enthalten ist, insbesondere wird darin zu einem allgemeinen Streik am 2. und 3. September 1917 zur Herbeiführung des Kriegsendes aufgefordert, ferner wird darin zu Gewalttätigkeiten gegen gewisse Bevölkerungsklassen und zum Ungehorsam gegen die Vorschriften über die Wehrpflicht aufgefordert. Die Verbreitung der Schriften hat nicht nur durch Verteilung und Versendung, sondern auch durch Ankleben an Plakatsäulen und Häuser stattgefunden. Mildernde Umstände wurden den Angeklagten nicht bewilligt.

Unschuldig verurteilt. Kurz vor Kriegsbeginn ist der Metzger Jakob Maurer aus Hausweiler auf Grund von Indizienbeweisen wegen Mordes ohne Ueberlegung, begangen an der zwölfjährigen Erna Kretschmar zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Wie die „Saarbr. Volksztg." meldet, hat nunmehr die Stiefmutter der ermordeten Kretschmar auf dem Sterbebette bekannt, daß sie unter Beihilfe der Großmutter ihr Stiefkind mit einer Kohlenschaufel getötet und darauf bei Seite geschafft habe. Maurer ist also unschuldig verurteilt worden. Seine Eltern sind kurz nach dem Prozeß aus Gram gestorben, er selbst soll im Zuchthause auch bald gestorben sein.

Aus Nah und Fern.

Ein dreifacher Raubmord. Ein unbekannter Mann in Militäruniform drang in das Haus des Grundbesitzers Zinterzek in Ofredek bei Rann in Steiermark ein und forderte den 22 Jahre alten Sohn des Besitzers auf, ihm zu zeigen, wo sein Vater das Bargeld aufbewahrt habe. Der Sohn ergriff ein Jagdgewehr und feuerte einen Schuß gegen den Räuber ab, ohne ihn zu treffen. In diesem Augenblick drangen noch vier mit Bajonetten bewaffnete Räuber in die Wohnung und töteten den jungen Zinterzek. Die 17 Jahre alte Schwester des Getöteten sprang durch das Fenster und ergriff die Flucht, wurde jedoch eingeholt und ebenfalls durch Bajonettstiche ermordet. Schließlich wurde auch der Vater von den Räubern derart zugerichtet, daß er am nächsten Tage verschied. Den Räubern ist man bereits auf der Spur.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.